

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.), bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur; Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Bienenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreizehnpennige Beizzeit oder deren Raum 30 J.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **12 12 12** Halte Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Internationale Konferenz der Maurerorganisationen. — Klassenmoral und Klassenjustiz. — Politische Umgestaltung. — Maurerbewegung: Streiks, Mitsperungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandes. — Vorhandes. Berichte. Aus Ungarn. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Internationale Konferenz der Maurerorganisationen.

Unsere Umfrage bei den Organisationen, die an der ersten Internationalen Konferenz (Berlin 1903) beteiligt waren, hat ergeben, dass alle Organisationen mit der Abhaltung einer Internationalen Konferenz im Anschluss an den Internationalen sozialistischen Kongress, der vom 18. bis 24. August d. J. zu Stuttgart tagt, einverstanden sind.

Die befragten Verbände haben uns einstimmig mit den Vorarbeiten für die Konferenz betraut. Gemäss diesem Auftrage berufen wir nunmehr die

Zweite internationale Maurerkonferenz

zu Sonnabend, den 16., und Sonntag, den 17. August, nach Stuttgart ein.

Die Konferenz tagt im Gewerkschaftshaus, ESSLINGERSTRASSE 19, und beginnt Vormittags 9 Uhr. Für die Tagesordnung, die endgültig auf der Konferenz festgesetzt wird, liegen folgende Vorschläge vor:

1. Einführung eines internationalen Mitgliedsbuches.
2. Anerkennung nur einer Organisation für jedes Land.
3. Beitragsleistungen der Mitglieder im Auslande.
4. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks.
5. Gegenseitige Unterstützung in der Agitation.
6. Errichtung eines internationalen Sekretariats.
7. Bauarbeiterschutzgesetzgebung.
8. Arbeitsnachweis.

Wir ersuchen die in Frage kommenden Landesorganisationen, ihre Delegierten zu bestimmen und uns die Namen derselben mitzuteilen.

Für die Delegierten wird unsererseits Logis besorgt; wir tragen auch für die Anwesenheit der erforderlichen Uebersetzer Sorge, wie wir auch alle anderen Vorarbeiten erledigen.

Hamburg, Mitte Juni 1907.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Im Auftrage: Th. Böhm-Hamburg.

Klassenmoral und Klassenjustiz.

Mit der Macht, mit dem beberrmenden Geiste, mit der herrschenden Stellung einzelner und ganzer Stände und Klassen hat sich zu allen Zeiten unter dem Schein rechtlicher und moralischer Autorität eine Unsumme von Ungerechtigkeit, Lüge und Heuchelei, Gewissenlosigkeit und Unvernuft verbunden. Die Macht konstruiert die „Sittlichkeitsbegriffe“ wie die „Rechtsbegriffe“ und nach ihnen die Satzungen des „Rechts“, nach denen das Volk sein Tun und Lassen einrichtet. Alle ihre Macht, alle ihre beanspruchte „Autorität“ leiten die Herrschenden von einer „allweisen und allgerechten Gottheit“ ab. Diese hat nach ihrer Lehre auch die Obrigkeit „geschickt“, daß sie über „Gerechtigkeit gegen jeden“. Sie haben die Obrigkeit mit Gewalt ausgerüstet, daß sie ihres angeblich „göttlichen Amtes“ walten könne — aber das haben sie niemals fertig gebracht, dem Volke den Glauben beizubringen, daß sich mit diesem Amt nun auch wirklich die Gerechtigkeit unter allen Umständen verbinde, daß Gottes Gnade die Obrigkeit davor behüte, nicht ungerecht zu sein. Im Gegenteil, sie waren wohl oder übel stets neugierig, mit Fehlbarkeit und Ungerechtigkeit der Obrigkeit, besonders der Justiz, zu rechnen. Bei jedem Kulturvolke bis in die ältesten Zeiten zurück, findet sich diese Tatsache. Im alten Testament wird den Richtern gesagt: „Richte gerecht; richte nicht anders den Reichen, anders den Armen, noch richte anders den, welchen Du mehr liebst, anders den, welcher Dir mehr behaglich ist. — Den Fremdling und den Auswärtigen lasse nicht unbeachtet und brüde ihn nicht durch Ungerechtes. — Nimm niemals Geschenk an, denn sie blenden die Weisenden weiser Männer und verkehren ihre Worte.“ Bei Jesus Strach finden wir folgende Kritik der Justiz: „Der Reiche tut unrecht und toetet noch dazu. — Wenn ein Reicher nicht recht getan hat, so sind viele, die ihn überhelfen. Wenn aber ein Armer nicht recht getan hat, so kann man es aufmachen.“

Bei den germanischen Stämmen wurde ausdrücklich strengte Unparteilichkeit der Richter verlangt. Zahlreiche Gesetzesvorschriften die Fehlbarkeit der Richter fest. Sie konnten abgelehnt werden, wenn sie vor Fällung des Urteils für eine der streitenden Parteien zum Nachteil der anderen ein besonderes Interesse gezeigt, wenn sie Geschenke angenommen hatten, um dafür das Recht zu biegen.

Nicht selten sehen wir als „Schüler des Rechtes der Armen und Unterdrückten“ Männer der Kirche, gegen die weltliche Macht auftraten, wenn sie es zu sehr trieb mit der Vergewaltigung des Rechtes, obwohl es die Kirche selbst nicht besser, ja, oft noch viel schlimmer machte.

Im Jahre 1507 sagte Jacob Wunsching, daß „die Juristen anfangen, alles zu überfluten“, und er bemerkt dazu: „Wer sollte nicht Freude darüber empfinden, daß Ritter und Bürger und Bauern, treu ergeben dem alten deutschen Recht, sich mannhafte Wehren gegen alle diejenigen, die ihnen diese Rechte mit Lug und Trug und soppistischen Mäusen aller Art rauben wollen und sie zu unterdrücken und auszubenten suchen?“

Im Jahre 1721 schrieb Georg Paul Bönn sein „Vertrag Veriton“, worin er auf Grund dreißigjähriger richterlicher Erfahrung in einem langen Kapitel die Vergehungen, die Ungerechtigkeiten der Reichen schildert. An der

Spitze steht das Verbrechen der Verleumdung, die Mißachtung auführen und ihrer Vorbesten Privatnützen; die Fälschung von Akten; die Verachtung des gemeinen Mannes; die heftigste Verögerung der Gerichtssachen zum Nachteil der Armen, Waisen und Waisen etc. etc.

Der Kampf des Humanismus und später des Liberalismus richtete sich nicht geringen Teiles gegen die Justiz als gefügiges Werkzeug der herrschenden Macht und gegen die Ungerechtigkeiten dieser Justiz. In den Strafrechtswissenschaften der modernen Nationen, auch in deutschen, ist mit allen möglichen Mitteln verfahren, die Richter und andere Justizbeamte begehren können, gerechnet. Die Staatsverfassungen sprechen von einer „unabhängigen“ richterlichen Gewalt, die keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfen sein soll.

Das ist Theorie, eine an sich gute und richtige Theorie. Anders ist die Praxis. Wenn die Gesetze mangelhaft, schlecht, ungerecht sind, und der Richter an sie gebunden ist, so kann er nicht gerecht sein, wenn er es auch wollte; er muß Ungerechtigkeit üben. Und wenn noch hinzukommt, daß er als Glied einer herrschenden Klasse deren mehr oder weniger ungeredete Anschauungen, die im Gegensatz zu dem Rechtsbewußtsein des sogenannten „niederen Volkes“ stehen, teilt; daß er beherrscht ist von den politischen, den wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen des maßgebenden Interesses; wenn dann gar noch das ganze System der Rechtspflege in den Dienst dieses Interesses gebracht ist und ihm die Aufgabe zugewiesen wird, die „bestehende Ordnung“ und deren „Grundlagen“ gegen der sogenannten „Geist des Umsturzes“ zu schützen; wenn Gesetze geradezu auf diesen Zweck berechnet sind; dann kann es nicht fehlen, daß der Glaube des Volkes an die Gerechtigkeit, an die Unparteilichkeit der Justiz, vollends in die Brüche geht und sie nur noch als „Autorität“ im Sinne eines Macht-faktors oder Machsinstrumentes erachtet wird.

Unsere Zeit rühmt sich zwar enormer Fortschritte, die im Geiste der Humanität und Gerechtigkeit auch auf dem Gebiete der Rechtspflege, vor allem der Strafrechtspflege, gemacht worden sind. Gewiß, die Gleichheit im Recht und vor dem Gesetz, die keinen Unterschied zwischen arm und reich, hoch und niedrig kennen soll, ist nicht minder grundsätzlich anerkannt, wie die Unabhängigkeit der Justiz, die als Voraussetzung dieser Gleichheit zu gelten hat. Was aber leitet uns die Praxis, die tägliche Erfahrung? Daß der politische, der wirtschaftliche und soziale Interessengegenstand und -kampf, daß Klassen- und Standesunterschied und -herrschaft eine wirkliche, eine vollkommene Gleichheit im Recht und vor dem Gesetz, eine unzweifelhafte Unabhängigkeit der Rechtspflege nicht duldet, vielmehr, beständig die Tendenz befindet, der Theorie durch die Praxis zu widersprechen.

Was nützt dem Armen die Theorie von der rechtlichen Gleichheit, wenn er in den Augen der „besseren und weisen Gesellschaft“ doch nur ein Geschöpf, niedrigerer Ordnung, z. B. nur ein Arbeiter, nur ein „Dienstbote“ etc. ist? Wenn diese selbe Gesellschaft aus denselben Umständen, daß sie seine Erziehung, seine Bildung gesellschaftlich vernachlässigt hat, daß er unwissend, ungebildet geblieben und vom kapitalistischen Wirtschaftssystem zur Armut verurteilt ist; daß sich fernerhin Verleumdungen und Anschuldigungen der vernachlässigten Vererbung und des Glucks bei ihm äußern? Da wird

all sein Tun und Lassen ganz anders kritisiert, wie das der „bescheiden und bescheiden“ Gesellschaft. Eine üble Eigenschaft, die er befand, eine unmoralische oder strafbare Tat, die er begeht, unternimmt ganz anderer, viel rigoröserer Beurteilung, als wenn sie von Mitgliedern der herrschenden Stände und Klassen geliebt resp. begangen wird.

In allen Zeiten haben solche Stände und Klassen das Beispiel jeder nur möglichst Ungerechtigkeit und Unbilligkeit gegeben. Was die von ihnen selbst konstruierte Rechts- und Moraltheorie bezuglich, das zu tun haben sie als ihr Privileg in Anspruch genommen. In ihren Kreisen hat stets die frivolste und unbegrenzteste Gewerkschaft ihren Sitz gehabt. Fürsten und andere „Große“, Diener der Kirche, Arbeitsherren etc. haben sonder Scheu vor göttlichem und menschlichem Gesetz Scherbräuch, die ärgste Dienunwirtschaft getrieben, sich widerrechtlicher Unzucht schuldig gemacht, dem Spielteufel und allen schlechten Leidenschaften gefrönt, sich der niedrigsten Habgucht ergeben und mit Hilfe feiler Juristerei dienlichsteiner „Mahrer des Rechts“ die Armen betrogen, ausgebeutet und unterdrückt, nicht selten unter Anwendung offenkundiger rechtswidriger Gewalt. Es gibt keine Ungerechtigkeiten, keine Moralswidrigkeiten, kein Verbrechen, für die derartige Elemente nicht das Beispiel gegeben hätten.

Es gab eine Zeit, wo das Maitreffen unweisen an den Höfen als eine „berühmte Eigenschaft“ galt und diesem Unwesen der Schweiß und das Blut der Wölfer geopfert wurden; wo die Vergewaltigung jugendlicher Reinheit als eine Art „Standesworts“ galt, wo der Mord, die Raub, die Erbschaft und jedes andere Verbrechen wider das Eigentum und die Person als das „Recht der Selbsthülfe“ der Mächtigen erachtet wurde.

Auf jedem Blatt der Geschichte finden wir drastische Beispiele dafür, wie das Recht der Armen und Unterdrückten zum Unrecht gemacht wird, und der Satz: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“, sich in der Praxis der Rechtspflege Geltung verschafft.

Politische Umschau.

Ministerwechsel - Pöbaldowsky ex. Dc. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Blatt des Reichsanwalters, meldet: „Wie wir hören, stehen in der Reichs- und der preussischen Staatsverwaltung Veränderungen vorläufiger und organisatorischer Natur bevor. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf v. Pöbaldowsky hat sein Abschiedsgesuch eingereicht; als sein Nachfolger ist der preussische Minister des Innern v. Bethmann-Sollweg in Aussicht genommen. Der neue Staatssekretär des Reichsamts des Innern wird gleichzeitig die Funktionen eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums übernehmen. Ferner wird an die Stelle des ausscheidenden Kultusministers v. Studt der Unterrichtssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Folle treten. In das Ministerium des Innern wird der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Moltke berufen werden. Erwägungen schweben darüber, ob sich eine Teilung des Reichsamts des Innern empfiehlt.“

Graf Pöbaldowsky ist also bereit. Er war kein Ehrer und Dränger. Seiner Sozialpolitik schloß jede Großzügigkeit. Sie war ein Zügel an einzelnen unerträglichen Auswüchsen der kapitalistischen Gesellschaft; nie ging sie aufs Ganze. Vor allem aber vermied sie es aufs sorgfältigste, die Macht des Proletariats zu stärken. Für die allerwichtigste, grundlegendste Forderung der Arbeiterchaft, ohne die alle anderen sozialpolitischen Gesetze in der Luft schweben, für das Koalitionsrecht, hat Pöbaldowsky nie etwas übrig gehabt. Ihn hat nicht die Schande aus seinem Amte geschreckt, als sein Name mit dem Buchstaben „Gefes“ verbunden wurde, und sein letztes Gesetzeswerk über die Reichsabhängigkeit der Gewerkschaften war eine Verhöhnung jeder unabhängigen wirksamen Gewerkschaftspolitik. Es war keine Sozialpolitik der Freiheit und des Rechts, sondern der bürokratischen Bevormundung. Selbst diese kümmerlichen Reste aber mußte Pöbaldowsky stetig beteidigen, gegen die unaufhörlichen Angriffe der Schanzmacher. Und diese sind es, die Pöbaldowsky gekränkt haben. Seit Wochen haben sie gegen ihn gekämpft und gebeht.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie findet am 15. September und den folgenden Tagen in Essen (Ruhr) statt. Die Tagesordnung umfasst neun Punkte:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: F. Ebert.
 - b) Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gericke.
 - c) Parteischule und Bildungsausschuß. Berichterstatter: H. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Eidefunt.
4. Bericht vom internationalen Kongress. Berichterstatter: B. Singer.
5. Maitteiler. Berichterstatter: A. Tischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Berichterstatter: A. Weber.
7. Die Alkoholfrage. Berichterstatter: E. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Kreis, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Die Art der Behandlung mancher Punkte wird noch stark von den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses abhängen, der dem Parteitag kurz vorausgeht.

Deutschland, Deutschland über alles! Jedes Patriotenherz pocht lauter in den freudeutlichen Männerbrüsten, wenn es vernahmen kann, wie es unsere Vorfahren immer und immer wieder fertig bringen, die Augen der Welt auf unser Vaterland zu lenken; wo bekanntlich neben anderen schönen Sachen „Recht und Freiheit“ des Glükkes „Unterpfand“ sind. Sie können es auch jetzt wieder. Wir wollen ihnen gern Gelegenheit dazu geben. Aus Meß wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

„Das Kälterliche Polzeiystem hat hier mal wieder einen großen „Triumph“ gefeiert. Am Abend des 23. April wurde plötzlich das Gewerkschaftshaus von einer großen Polizeimacht besetzt. Einem Geheimbund schlimmer Art, mit den gefährlichsten Anarchisten an der Spitze, war man auf die Spur gekommen. 15 Verhaftungen würden vorgenommen und das Bureau des Zentralverbandes der Maurer nach anarchotheoretischen Schriften (1) durchsucht. Neben 20 deutschen Reichsangehörigen wurde auch eine Anzahl von der italienischen Sektion des deutschen Maurererebundes gehörigen Zeitschriften und Proschlägen beschlagnahmt. Tags darauf jedoch wieder zurückgebracht. Von den 15 Verhaftungen wurden 6 aufrecht erhalten. Sechs Wochenlang saßen die „Staatsverbrecher“ hinter Schloß und Riegel, während die staatsverhaltende Presse den Jang unseiner Kriminalpolizei über den Schellentönig lobte. Altkreuz Schauergerichten machten unter den Spießbürgern die Kunde. Man fassete sogar von einem „Aufschlage“ auf das Leben des Kaisers, dessen Besuch zu jener Zeit gerade erwartet wurde. Groß war deshalb die Spannung auf die Gerichtsverhandlung. Schon lange vor Beginn der Verhandlung war der Zubörerreum des Strafammerlaes von einer großen Zahl Kurgenier gefüllt. Doch welche Enttäuschung! Trotz aller Anstrengungen der als Zeugen fungierenden Kriminalschutzleute konnte den Angeklagten auch nicht die geringste Gefesübersetzung nachgewiesen werden. Damit auch der Dumoz zur Geltung komme, hatte man als Beweismittel ein rales Sommerfestabzeichen des Maurererebundes dem Gerichte vorgelegt. Aber auch das half nichts. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung der Angeklagten, während die beiden Verteidiger behaupteten, daß sie, da die Angeklagten Ausländer, nicht in der Lage wären, eine Entschädigung für unschuldig erlittene Haft zu beantragen. Das Gericht hat denn auch nach kurzer Beratung zu einem Freispruch und legte sämtliche Akten „einfachlich“ der Verteidigung, der Staatsstaße zur Lag.“

Wer aber nun glaubte, daß nach dem Freispruch die Angelegenheit ihre Verlebung gefunden hätte, hatte nicht damit gerechnet, daß wir hier in Klein-Rußland leben. Als die Freisprechungen der Saal verließen, forderte ein Kriminalschutzmann den Gefangenenführer auf, sie wieder zu fesseln, was jedoch, wohl in Anbetracht der Entrüstungsgründe des anwesenden Publikums, unterblieb. Die Leute wurden aber wieder auf weitere 24 Stunden eingesperrt und alsdann, trotz des freisprechenden Urteils, per Schub über die Schweizer Grenze gebracht!

So, nun mag sich der deutsche Spießer recht herzlich freuen und alsdann lege er sich wieder aufs Ohr. Er kann ruhig sein. Italienischen Arbeitern, die in deutschen Gewerkschaften organisiert sind, wollen wir's schon zeigen; wenn sie als Streikbrecher zu uns kommen, dann ist es etwas anderes!

Evangelische Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften. In den Kreisen der evangelischen Geistlichen, denen es noch vergönnt ist, eine mehr oder weniger große Zahl rüstfänger Arbeiter auf Marschreit herumzuführen, zerbricht mag sich der Kopf darüber, welcher Gesellschaft man die Schärlein anvertrauen will. Selbstverständlich schwant man nur zwischen den Christlichen und Christ-Dunderschen Gewerkschaften, die rosen; wie sich jetzt auch die so hyperobjektive „Soziale Praxis“ ausdrückt, kommen bei der Herrschaft gar nicht in Frage. Auf dem evangelisch-sozialen Kongress, der vor einigen Wochen in Strahburg tagte, waren die widersprechendsten Meinungen vertreten. Einen Beschluß hat man darum nicht gefaßt, aber Professor Barnard kündigte an, daß man sich wohl auf einem der nächsten Kongresse für die Empörung der christlichen Gewerkschaften entscheiden werde. „Etwas zur gleichen Zeit tagte in Wiesbaden der 23. Protestantenkongress. Hier wandte sich der freimüthige (nicht im Sinne des Reichstagsfreimüthigen) Zentraltraub scharf gegen die christlichen Gewerkschaften, die zu sehr unter dem Einfluß des Zentrums ständen und war für den Eintritt der evangelischen Arbeiter in die Christ-Dunderschen Gewerkschaften. Nur ein jüngerer Krieger, Richter-Verlin, wollte die Arbeiter aus Gemeinschaften und aus Gründen, die er in der Zusammenkunft der Sozialdemokraten erklärte, den freien Gewerkschaften zuführen. Hier fehlte man den Beschluß: Wir erklären uns im Sinne des recht verstandenen Protestantenkongresses gegen jede Verlebung, die sozialen Standesverleugungen der arbeitenden Massen für ansozialistisch auszuweisen, zugleich aber für jede Verlebung auf soziale Bewegung der Masse durch rechtlich anerkannte Gewerkschaften, welche sich grundsätzlich auf Verlebung ihrer Standesinteressen beschränken.“

Eine andere Richtung der evangelischen Arbeitervereine, die unter der Bolmähigkeit des Maschinenbau-Frank-Gesellschafts steht und ihre Mitglieder fast ausschließlich in westfälischen Industrieregionen hat, ist den gelben Gewerkschaften gleich zu achten. Sie will die christlichen Gewerkschaften nur sanftionieren, wenn sie keinerlei Verbindung mit den freien Gewerkschaften unterhalten; so fordert sie z. B. auch von den Christlichen die Auflösung der Siebenerkommission der Vergelte, weil sie auch Altverbänder angehören. Es muß allerdings zur Ehre der evangelischen Arbeiter gesagt werden, daß man ihr diese Gesellschaft nicht an die Hochhöhe fangen kann. Die wenigen wirklichen Arbeiter, die tatsächlich jenen Vereinen angehören, sind zum Teil urteilslose Trottel, zum Teil

ganz gewöhnliche Streiber. Jemand etwas zu sagen haben sie natürlich nicht, das große Wort in den Vereinen haben entweder Jubelstrolche, oder deren junge Männer, die in den Redaktionen der verschiedenlichen „liberalen“ Organen des Ruhrreviers sitzen.

Wir können diesen Auseinandersetzungen mit großer Mühe zusehen, da wir, wie bisher, gern auf die wohlwollendste Förderung unserer Organisationen durch die Geistlichkeit verzichten. Sie haben uns jahrzehntlang begünstigt und betämpft und haben es doch nicht verhindert können, daß die freie unabhängige Arbeiterbewegung glanzvoll emporstieg - sie werden unseren Aufstieg auch ferner nicht hindern können.

Das Proletariat im Stehfragen. Mit Stolz und wenig Achtung sieht das Gros der Proletariat im Stehfragen auf die Proleten in der Bluse herab. Sie halten es als „gebildeter“ Menschen in der Regel unter ihrer Würde, mit einem Arbeiter sich auf eine Stufe zu stellen. Wie wenig Ursache sie, die doch auch nichts anderes sind als Ausbeutungsobjekte ihrer Unternehmer, dazu haben, zeigt ein Blick auf ihre soziale Lage. Ein höchst trauriges Bild entrollt in dieser Hinsicht eine Statistik, die in Chemnitz über die Lage der Unvollständiggestellten aufgenommen worden ist. Danach hatten 134 gleich 40 pzt. der Angefallten im Alter bis zu 20 Jahren ein Einkommen bis zu M. 30 monatlich. Von diesen 134 Reuten wurden allein 23 im Alter bis zu 18 Jahren mit sage und schreibe M. 5 pro Monat entlohnt; 28 im Alter bis zu 20 Jahren erhielten 10, 11, 15, 18, 20, 7, 25, 10, 30, 7, 35, 12, 40, 5, 45 und endlich ganze 13 : M. 50 monatlich. 58 Angefallte gleich 20 pzt. (darunter 31 im Alter von 20 bis über 40 Jahre) erhielten M. 55 bis M. 100, und endlich 32 Angefallte gleich 14 pzt. M. 105 bis über M. 200 pro Monat. Doch sind es nur 7 Personen, die ein Einkommen von M. 150 bis M. 180 haben, und nur 3, die über M. 200 erhalten. Die große Masse, also 192 Angefallte gleich 86 pzt., wird unter M. 100 monatlich entlohnt.

Das sind überaus traurige Verhältnisse, die uns hier die Statistik schildert, verschuldet allerdings durch den Individualismus der Angefallten, die sich nicht aufraffen können, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Das Gros der Proleten in der Bluse würde sich sicher bedanken, mit diesen Proleten im Stehfragen zu tauschen.

Die Reaktion in Rußland hat einen neuen Schlag gegen das russische Volk geführt. Der Schwächling auf dem Throne des Romanows, Nikolaus der Letzte, hat die Duma aufgelöst. Diese Ereignisgeschichte der Revolution war, so gering auch ihr tatsächlicher Einfluß sein mochte, den in Rußland herrschenden Klauen schon lange ein Dorn im Auge. Die Regierung suchte sich ihrer je eher je lieber zu entledigen. Bekannt ist, daß gleich bei ihrem Zusammentritt die Rede des Sittingschafes zusammenstürzte, glücklicherweise ohne Abgeordnete unter den Exkremen zu begraben. Dieser Einfluß war natürlich kein zufälliges Unglück, sondern ein von der herrschenden Alike verübter Vubenstreich, ein Attentat auf die Volksvertretung. Da dies nicht gelungen war, so suchte man gefühllos jeden Streitpunkt zu einem Konflikt aufzuheben, um einen Vorwand zum Auseinandergehen der Duma zu haben. Die Duma wird angestellt. Die Regierung verlangte „positive Arbeit“, was hier bedeutete, daß sich die Volksvertretung in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit nach dem Fingerzeig der Regierung zu richten habe, und die Duma stellte, dem Wunsch der Regierung gemäß, alle brennenden Fragen zurück und schob vor allem die Entscheidung über die Agrarfrage weit hinaus. Die Regierung verlangte Soldaten, eine Armee, die gegenwärtig nur dazu dient, das eigene Land in Belagerungszustand zu halten, und die Duma bewilligte ihr diese Armee. Die Regierung legte ein Budget vor, das zu mehr als neun Zehnteln sich der Bewilligung des Parlaments entzieht, und die Duma ließ es sich gefallen und erklärte sich grundsätzlich bereit, auch eventuelle Anleihen zu bewilligen.

Wie immer, wenn der bürgerliche Liberalismus seine staatsmännliche Weisheit bekunden will, zeigte er auch im russischen Parlament, daß er sich selbst nicht ernst nimmt. Auf jeden Vorstoß der Regierung antwortete er mit einem Wählung. Der bürgerliche Liberalismus war schon in der ersten Duma bereit, die Revolution zu verraten; in der zweiten Duma hat er diesen Verrat vollzogen. Daß es schließlich doch zur Auflösung kam, geschah dadurch, daß die Regierung 55 sozialdemokratische Dumaabgeordnete unter Anlagte stellte. Auch diesen Verlangen wollte sich die Duma etwa nicht widersetzen, sie wollte die Frage nur in einer Kommission prüfen. Aber die Reaktion hatte keine Zeit, sie löste die Duma auf und verhaftete von den sozialdemokratischen Abgeordneten soviel sie fassen konnte. Zugleich verbandete die Regierung, daß eine neue Duma am 14. November zusammentreten soll, für deren Wahl ein anderes, natürlich sehr verschlechtertes Wahlrecht etabliert ist. Damit ist die russische Politik wieder an einem kritischen Punkte angelangt. Wie sich das Volk dazu stellen wird, kann zur Zeit noch kein Mensch sagen, aber darauf und noch mehr auf das Verhalten der Armee kommt es nun in erster und letzter Linie an.

Mauererbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugung von Mannern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

- Hansastädte:**
 Hamburg: Ochsenwärd, Kirchwärd (Streik),
 Cuxhaven (Aussperrung), Altengamme (Sperrüber Knopp), Lübeck (Differenzen);
Schleswig-Holstein
 Kellinghusen, Wrist, Wollmoor, Segeberg und Rökling, Flensburg (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinfeld (Sperrüber E. Haagen);

Mecklenburg:

Neubrandenburg (Aussperrung), Sülze (Sperrung über Holdorf), Rostock (Differenzen), Boizenburg (Sperrung über den Bau des Mühlenbesitzers Hünslmann);

Brandenburg:

Berlin (Aussperrung). Das Berliner Lphugebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohugebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohmsdorf, Alt-Glienick, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dalldorf, Bernickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hemersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von der Aussperrung erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennickendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Stroiks), Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallau), Oranienburg (Sperrung über die chemische Fabrik);

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Stroiks), Pölitz (Sperrung über Paapo), Wolgast (Differenzen), Greifswald (Differenzen bei Zimmermann und Banarbitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrung über Friedrich Berg), Richtenberg (Sperrung über Schwalger);

Ost- und Westpreussen:

Fraust (Stroiks), Sensburg (Aussperrung), Marienburg, Marienwerder, Konitz (Differenzen);

Posen:

Schwarsenz, Kolmar (Stroiks), Pinne (Differenzen);

Schlesien:

Ohlau, Sagan, Sprottau, Schmiedeberg (Stroiks), Schmiedeberg, Jauer, Landeshut (Differenzen), Peistertwitz (Aussperrung);

Königr. Sachsen:

Chemnitz, Kirchberg, Ober- und Niederneukirch, Steinigtwolsdorf, Wehrsdorf, Ringenhain (Stroiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Mückern, Sohrstrasse, Gottlieb Tschierley in L-Gohlis, Pariserstrasse, Hänseroth, L.-Anger, Spiekerstrasse, Alfred Kirschner, L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Th. Kössling, L.-Anger, Weissenburgstrasse), Schneeberg (Sperrung über G. Heckel in Schneeberg und Lain in Auo, Bau liegt in Niederschlema), Meissen (Sperrung über Teicherts Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperrungen), Auo (Sperrung über Ritsch in Lössnitz);

Thüringen:

Blankenburg i. Th., Meiningen (Stroiks), Zechau (Sperrung über die Zuckerraffinerie in Rositz), Greiz (Aussperrung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Hornhausen, Halle a. d. S., Erfurt, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Stroiks), Wettin (Sperrung über Zecho Johanneshall, Unternolmer Röber), Oschersleben (Aussperrungen), Nebra (Sperrung über Knabe in Rossleben), Zeitz (Differenzen), Kunsberg (Sperrung über Alb. Jakob), Osterwieck (Sperrung über Witte und Wilhelms), Merseburg (Sperrung über Schreyer), Quedlinburg (Differenzen);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Springe, Melle (Stroiks), Delmenhorst (Bauarbeiterstroiks), Celle (Aussperrung), Stade (Sperrung über Bülzig), Fallingb. (Sperrung über Bostelmann);

Westfalen:

Bünde, Bortford (Stroiks), Hagen (mehrere Sperrungen), Schwelm (Sperrung über Müller);

Rheinland:

Aachen (Stroik), Heiligenwald b. Trier (Sperrung über P. Brosehort), Kettwig (Sperrung über Endlin);

Hessen und Waldeck:

Rinteln, Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Rüdesheim, Gernsheim (Stroiks), Heidesheim (Sperrungen über Rump, Jakob und Franz Swidersky), Plonheim, (Sperrungen über Kessler, Braun und Holzderber), Oppenheim (Sperrung über A. Gesinn und Florian Krayer), Leidhecken (Sperrung über P. Seip), Reichelsheim (Sperrung über K. Faust), Lorsch (Sperrung über beide Geschäfte Brunnengraber);

Baden-Pfalz:

Neustadt a. d. Haardt, Wiesloch, Eberbach (Stroiks), Roxheim (verschiedene Sperrungen), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung über Betongeschäft Wayss & Freitag);

Elsass-Lothringen:

Mülhausen, St. Ludwig (Stroiks), Strassburg (Sperrung über Ph. Frey);

Bayern:

Bamberg, Schwandorf, (Stroiks), Selb (Sperrung über Jäger & Werner);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Olten;

Oesterreich:

Benson, Braunau in Böhmen, Budweis, Dux, Kojetein, Nendeck, Zwickau, Weisswasser, Haida (Stroiks);

Ungarn:

Pressburg, Budapest (Aussperrung).

Berlin.

„Die allgemeine Lage ist für uns ebenso vorzüglich geblieben, wie ich sie das vorige Mal bezeichnen konnte.“ So leitete Herr Wastl seinen Bericht ein, den er als Vorsitzender des Verbandes der Baugeschäfte einer am 18. Juni abgehaltenen Generalversammlung dieser Organisation erstattete.

Da über „vorzüglich“ kaum eine Steigerung möglich ist, brauchen die Herren „Arbeitgeber“ ja eigentlich nicht mehr zu unternehmen, sondern sie könnten es ruhig der Dummheit und dem Überwitz der Streikenden überlassen, den Sieg des Verbandes der Baugeschäfte zu verhoffen. Sie, die Herr Wastl und Genossen aber zu erheigen. Sie wollen kämpfen, hart kämpfen, sie wollen den Feind nicht nur überwinden, sondern sie wollen ihn völlig zerquetschen oder doch in die wilde Flucht schlagen.

Die „Revolution“ der Streikenden und ihrer Berater (besonders der „Vorwärts“-Redaktion) ist nach Wastl auf der ganzen Linie gescheitert. Aber das ist nur erst das Vorpiel. Das hat allein schon die „Drohung, Arbeitswille“ einzustellen, hervorgebracht; wie wird es erst werden, wenn die Sturmtruppen mit „flingendem Spiel“ in Berlin eintreffen und die Bauten besetzen. Dann wird es bei den Streikenden heißen: Meist aus, meist aus, meist alle aus! Dort steht ein „Wahres“ Schicksal.

Der ganze Bericht des Herrn Wastl trieftr förmlich von Zufriedenheit: „Mit dem Resultat, das unser Aufmarsch an den Säulen und durch die Geschäfte gehabt hat, können wir unter Berücksichtigung der wenigen Tage in vollem Maße zufrieden sein. Zahlen zu nennen muß ich mir aus laßlichen Gründen verlagen; nur so viel will ich mitteilen, daß sich bis heute allein im Geschäftsbereich bereits zirka 700 Arbeitswille schriftlich gemeldet haben. Daraus können Sie sich schlagendweise ein Bild machen. Auch im Arbeitsnachweis melden sich, abgesehen von dem schriftlichen Einlauf, Arbeitswille persönlich in größerer Anzahl und das trotz der denfalls unlagelangen Streikposten! Also nach dem bisherigen Verlauf, das darf ich sagen, können wir durchaus zufrieden sein.“

Noch zufriedener wird wahrscheinlich der Bericht sein, den Herr Wastl der nächsten Generalversammlung erstattet. Zunächst sollen nun noch die schriftlichen „Arbeitswille“ brieflich von ihren früheren „Arbeitgebern“, die sie vorher schmäde auf die Straße warfen, gebeten werden, doch freundschaftlich zur Arbeit zurückzukehren. Um die Schreibarbeit zu erleichtern, hat der Verbandsvorstand die Briefe gleich drucken lassen. Sodann sind ausländische Agenten aufgefordert worden, mitzutheilen, ob und wie viele Maurer und Zimmerer und zu welchen Bedingungen und Terminen sie nach Berlin bringen können. Die Antworten stehen noch aus. Ferner ist bei den deutschen Schlichterverbänden angefragt worden, ob in ihren Bezirken durch Inzertale usw.; ohne sie selbst zu schädigen, „Arbeitswille“ für Berlin angeordnet werden können. Mit dem Verein der Afformaurer hat eine Sitzung stattgefunden, in der die Grundzüge eines Lohn- und Arbeitsvertrages festgelegt wurden. Für die Heranziehung und Direction der „Arbeitswille“ soll ein „Freiwilligenkorps“ aus den jüngeren Mitglieder des Unternehmerverbandes gebildet werden.

Herr Gottheimer wagte die Verantwortlichkeit des Bahlgangs Rezeptis zu übernehmen. Er verspricht sich nicht viel von den „Arbeitswille“. Wenn man einen Stillstand, so müßte er auch groß genug sein, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Dazu ist Herr Gottheimer das „Arbeitswille“ zu klein; es tönten doch nur bereinigte Bauten bereit werden und das würde den Meid unter den Meistern und Bauherren erwecken. Lieber an der strengen Aussperrung festhalten. Das Hauptziel sei und bleibe, die Kassen der Organisationen zu leeren. „Wir sperren aus, um einen Tarif zu bekommen, nicht um Arbeitswille zu bekommen; die hätten wir immer haben können.“

Das war nicht hübsch von Ihnen, Herr Gottheimer, so in das Sommerabgehepunkt des Herrn Wastl hineinzuweisen. Wer wird denn daran erinnern, daß der Verband der Baugeschäfte mit der von Wastl ausgearbeiteten Taktik zu seinem brauchbaren Tarif kommt, zu einem Tarifvertrag, ohne den nach früheren Meiden von Wastl-Heuer die Bauarbeit in Berlin unmöglich sei. So was darf man doch nicht öffentlich verkünden. Da nun aber doch die unzeitigste Bemerkung dem Gehege der Röhre entflohen war, mußte der Oberdiktator des Verbandes, Herr Heuer, auf die Tribüne und versuchen, den Schaden wieder gut zu machen. Was hier, was da, Tarif hin, Tarif her. Einen Tarif wollen wir ja gar nicht. „Wir wollen uns jetzt eine Lage schaffen, wo wir sagen können, wir brauchen keinen Tarif, und dann sind wir im Vorteil.“ Wenn es richtig ist, daß die Sprüche dazu da ist, die Gebeanten zu verbergen und daß Diplomatien immer das Gegenteil von dem sagen, was sie denken, so war Herr Heuer diesmal ebenfalls sehr diplomatisch. Etwas anderes ist es, ob er in diesem Lebenslauf Glauben findet. Die Berliner Maurer haben jedenfalls hell aufgehakt, als sie hörten, daß dieser Kampf von den Unternehmern nicht zur Erzwangung eines Tarifvertrages geführt wird. Heuer ist allerdings auch weitläufig genug, zu erkennen, daß es den Unternehmern wohl nicht gelingen wird, die großen Organisationen der Maurer-, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu einem Tarifvertrag zu zwingen. Designiert und offenerzig zugleich gelacht er dies ein: Durch eine Aussperrung den Tarif zu erzwingen, wird nie gelingen. Die Zeiten des „Ausshungens“ sind vorüber. Die Taktik hat sich gegen früher geändert. Man arbeitet jetzt statt mit Generalstreik mit dem Boykott und mit den partiellen Streiks. Das Beispiel des Kampfes im Dachdecker- und Bädergewerbe zeigt, wie heute gekämpft wird. Wir müssen hieraus lernen. Wenn bei uns gleich getreift wäre, hätten wir nicht ausgehakt. Wir hätten dann gleich versucht, die Arbeitsstellen durch Arbeitswille zu besetzen.

Troßdem ist auch Heuer gleich Wastl voller Siegesbewußtsein. Er hofft auf die Kampfschwärze der Streikenden, die schneller eintreten soll, wenn auf „25 bis 30“ Bauten ungestört gearbeitet wird; als wenn alle Bauten ruhen. Heuer scheint noch immer nicht zu wissen, daß seit Wochen auf Hunderten von Bauten in Berlin gearbeitet wird. In seinem Kopfe ist wohl der Befehl seines Verbandes: Aussperrung auf der ganzen Linie! mit Glanz durchzuführen! Nachdem sich die Herren darüber verständigt hatten, daß sie sich mit der Auffhebung der Aussperrung nicht überführen wollten, wurde der Vorschlag des Vorstandes gegen eine Stimme angenommen.

Zum Schluß erquidete sich die Versammlung an den Erinnerung- und Siegesglückwünschen einiger anderer Unternehmerverbände und der Annahme einer Resolution, in der zum fundamentalen Male bestätigt wird, daß die „sozialdemokratische“ Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit mit aller Energie niedergebungen werden soll.

Vorher wird die Unternehmerversammlung verlassen, müssen wir uns noch in einigen Worten mit Herrn Wastl befassen. Ueber einen Artikel in „Vorwärts“, der die Taktik der Unter-

nehmer kritisch behandelt, hat Wastl sehr erfreut, weil er darin wieder einmal ein Zeichen der „Revolution“ der Streikenden erblickt. Wastl fährt dann fort: „Das aber die Herren Wömelburg und Silberjümdt über diesen Artikel erfreut sein dürften, bezweifle ich nach meiner aus diesem dienlichen Versteher mit ihnen gewonnenen Ueberzeugung von ihrem unabhängigen Charakter sehr stark; sie haben uns bis zuletzt versichert, daß sie mit christlichem Willen einen Ausbruch des Kampfes zu vermeiden und die Annahme des Schiedspruches durchzugehen beabsichtigt seien und keine Verschleppung beabsichtigten. In dem „Vorwärts“-Artikel aber heißt es: „Die Arbeiter haben nicht ohne Absicht den Ausbruch des Kampfes hingezogen usw.“ Ist das wahr und bleibt es von beiden Herren unwiderrufen, so möchte ich zu meinem Bedauern meine bisherige Einschätzung ihrer Verantwortlichkeiten corrigieren.“

Wir wollen keine Betrachtungen darüber anstellen, wie die Kollegen Wömelburg und Silberjümdt über eine etwaige „Korrektur“ Wastls denken würden, wir wollen aber festhalten, daß Wastl gar keine Ursache hat, sich künstlich aufzuregen. Es ist bekannt, was die genannten Kollegen nach ihrer besten Ueberzeugung für die Annahme des Schiedspruches gewirkt haben. Zu „Verschleppung“ gab es dabei gar nichts; alle Vorgänge haben sich in der Öffentlichkeit abgepielt, und die Versammlungen der Maurer, die sich mit dem Schiedspruch beschäftigten, haben in verhältnismäßig schneller Folge stattgefunden. Die Angelegenheit hätte gar nicht früher zum Abschluß kommen können. Hatte Herr Wastl vielleicht erwartet, daß Wömelburg oder Silberjümdt ihm vor der Entscheidung der letzten diesbezüglichen Versammlung hätten mitteilen sollen, daß Schiedspruch wird unserer Vermutung nach zum dritten Mal abgelehnt, wenn Sie ausserdem wollten, so ist es jetzt Zeit? Nein, so weit geht die „Freundschaft“ nicht. Die Unterhändler sind sich gegenseitig nicht schuldig.

Sind die Aussichten des Verbandes der Baugeschäfte „äußert zufriedenstellend“, ja „vorzüglich“, so müssen wir ja wohl einen Floß zurücklassen. Wir wollen also sagen, die Lage ist mittelmäßig, im großen ganzen gut; wir marschieren. Um dies nachzuweisen, können wir der Bilanz entzihen und uns hängen auf den anerkannten Satz: Zahlen beweisen.

Zu den neuen Bedingungen arbeiteten von unserem Verband:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Am 10. Juni, 17. Juni, 20. Juni, 22. Juni.

Nach den von allen Mitarbeiterorganisationen gemachten Feststellungen an Hand der vorausgaben Berechtigungen standen in Arbeit am:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Vom Zentralverband, Von der Fr. Vereinigung, etc.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Zu Streit befohlen, Von Zentralverband, etc.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Bei der letzten Bauteilkontrolle am 19. Juni betrug die Zahl der Bauten, etc.

Verträge waren bis Sonnabend, den 22. Juni, 697 abgeschlossen, darunter 24 mit Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten.

Von besonderer Bedeutung im Verlaufe dieser Woche kann vermerkt werden, daß in dem Vorort Zehlendorf alle Unternehmern bis auf einen bewilligten. Bisher fügten sie sich den Anordnungen des Verbandes der Baugeschäfte. Nur das eine am Ort vorhandene Mitglied dieser Organisation hat nicht bewilligt. Die Herren kamen zusammen und verhandelten mit unserer Vertretung. Als Motiv des Umschwungs führen sie an: Sie wollten sich nicht weiter durch eine sie lähmende Taktik des Arbeitgeberverbandes abhalten lassen, mit ihren Bauherren in Frieden zu leben. Nach solchen Kämpfen seien sie doch die „Gemeinerten“. 1899 hätten sie nach Wöndigung des Kampfes in den Vororten keine Maurer bekommen können und kein Verband der Baugeschäfte hätte sich darum gekümmert. — In diesem sehr arbeitsreichen Vorort, wozu auch Nicolais gehört, werden gegen zweiundzwanzig Maurer beschäftigt werden können. Es geht vorwärts.

Bei der letzten Bauteilkontrolle am 19. Juni betrug die Zahl der Bauten, wo zu den neuen Bedingungen gearbeitet wurde, 881 gegen 765 in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der „Arbeitswille“ litt. Afformaurer hatte sich um rund 150 vermehrt.

Gau Berlin. Nach langen, fast ein Vierteljahr dauernden Verhandlungen ist es den Kollegen in Potsdam endlich gelungen, zu einem, wenn auch ihren Forderungen nicht ganz entsprechenden, so doch wenigstens annehmbareren Abschluß des Tarifs zu kommen. Der alte Tarif mit einem Stundenlohn von 60 s war am 1. April d. J. abgeschlossen. Die letzte hier abgeschlossene, zahlreich besuchte Maurerverammlung hatte sich mit dem von der Ortsverwaltung unter Mitwirkung des Gauhilfskollegen Silberjümdt mit den Unternehmern vereinbarten Abkommen zu beschäftigen; eine Abstimmung per Stimmzettel ergab die Annahme der Vereinbarungen. Hieraus seien folgende besonders wichtige Punkte erwähnt: Der Tarif hat eine dreijährige Gültigkeit. Der Lohn eines Maurergesellen beträgt bis zum 31. August 1907 63 s, vom 1. September 1907 bis 31. März 1909 65 s, und vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 67 s. Für Junggesellen im ersten-Gesellenjahre und für Gesellen, die durch Jubiläum und Alter minderleistungsfähig sind, unterzieht der Lohnsatz freier Vereinbarung. In den Sommermonaten von Anfang März bis Ende September ist eine Stunde früher Feierabend, allerdings ohne Vesper und mit Lohnabzug. Betreffs dieses Punktes geben die Kollegen nach und nach eine annehmbarere Vereinbarung zu erzielen. Neben Bestimmungen über Ueberstunden (15 pft. Zuschlag), Sonntags- und Nachtarbeit (20 pft. Zuschlag), sowie solchen über hygienische Verhältnisse, enthält der Vertrag noch eine Bestimmung über die einzusetzende Schlichtungskommission, der die Schlichtung von Streitigkeiten obliegt und aus Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen besteht. Bis zur endgültigen Entscheidung durch diese Kommission dürfen Arbeitsverhältnisse und Aussperrungen nicht vorgenommen werden. Ein Exemplar dieses Vertrages wird jeder Kollege in alternativer Zeit zugestellt erhalten.

den Zementwarenfabrikanten Leibel dadurch aus der Patsche reissen wollte, daß freilebende Maurer als Streikbrecher zur Verfügung gestellt wurden, und diese erst von untern Streikbänden abgekauft werden müßten. Wie der Tarif der "Christen" für das Zementgewerbe aussieht, haben wir bereits in einer früheren Nummer des "Grundstein" charakterisiert, jedenfalls ist ein wie verändertes Ding zusammengeklappt worden. Durch das Zusammenhalten der Kollegen war es möglich, vernünftige Forderungen auf dem Lager resp. in der Werkstätte zu schaffen. Was die Arbeitsfrage angeht, so sei festgestellt, daß auch früher in Accord gearbeitet wurde, aber da kein Beifall selbst die Preise. Dies hat nun aufgehört. Der Zusatz, daß es der Wunsch der Kollegen ist, mehr als bisher in Accord zu arbeiten, hat seine Ursache darin, daß immer dort, wo Tagelohn und Accord nebeneinander besteht, die Unternehmer die gute Arbeit in Tagelohn und die schlechte in Accord lassen. Jedenfalls ist durch unser Eintreten für die Kollegen ein vernünftiger Lohn erzielt worden, mehr als durch das Zurückbleiben überflüssigen Christen. Wenn der Kampf vorbei ist, werden wir abrechnen. Heute sei nur nochmals kurz auf den abgeschlossenen Tarif der Einkattener hingewiesen. In jeder Nummer der "Vaugewerkschaft" hört man das Klagen über den "Verorbnung der Sozialdemokraten". Am enthält obiger Tarif den Satz, daß Arbeit nur von Organisation zu Organisation vergeben werden soll, das heißt mit andern Worten: Wer nicht christlich organisiert ist, darf von den Unternehmern nicht beschäftigt werden. Aber so ist es immer: Wer im größten Unrecht ist, schreibt am meisten über Genoss. Der Antikristall wegen sei noch mitgeteilt, daß den freilebenden Kollegen der christlichen Organisationen verboten worden ist, und zwar unter Androhung der Entziehung der Unternehmung, mit unserem Vertrauensmann zu reden oder in irgendeiner Verbindung mit ihm. Das Glas Bier hält weder das noch das Glas. Im übrigen ist der Stand der Bewegung am Orte noch derselbe. Die Sonderorganisation hatte sich um die Vermittlung des Überbündigen bemüht, es haben auch Verhandlungen stattgefunden, aber den Nachsten Maurern will man nicht mehr geben. Ein Agent reist im Lande herum und verucht Inzest unter begehrenen Verhältnissen nach hier zu locken. Bisher hatte er keinen Erfolg damit. Zur Ehre der hiesigen und besonders der holländischen Kollegen muß gesagt werden, daß sie es wohl begreifen, daß dieser Kampf ein Machtkampf ist. Auf der einen Seite die Arbeiter auf der anderen die Unternehmer in Verbindung mit den städtischen Behörden usw. Und obgleich der Überbündener die Zurückhaltung der schwarzen Listen am städtischen Bureau angeordnet hat und obwohl eine ganze Masse Arbeit auf Freilebung bringt, werden doch keine Maurer usw. eingestellt. Nur so weiter im heiligen Namen, nur weiter so ihr frommen Unternehmer, dann haben wir halbe Arbeit. Wenn das, was sich hier in Mägen abspielt, kein Klaffenkampf ist, dann ist nirgend und niemals einer ausgebrochen worden.

Vremem. Am 13. Juni hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Kollegen August Wülfing über christliche Gewerkschaften, 2. Vortragsstoff, 3. Berichtlesen. Nachdem der Schriftführer das Protokoll von der am 23. Mai stattgefundenen Versammlung gelesen hatte, fragte Kollege Martin an, ob jemand etwas gegen die Fassung des Protokolls einzuwenden habe. Darauf nahm Kollege Brandler das Wort und erklärte, er könne nicht begreifen, wie der Schriftführer dazu kommen, einen solchen "berederten" Bericht in "Grundstein" zu veröffentlichen. Es sei gerade das Gegenteil von dem, was er in der Versammlung am 23. Mai gesagt habe; den ihm zur Zeit geltenden Wortlaut der Besetzung habe er den Vorständen nicht gemacht. Er habe es kritisiert, aber der Vorstand bei der Regelung der aus der Majorität entstandenen Differenzen den Beschluß der Versammlung entgegengehalten habe. Dabei sei er auf den Artikel des "Grundstein": "Lernet gerecht sein" zu sprechen gekommen und habe gesagt, wenn die Vorstände in solcher Weise die Beschlüsse der Mitglieder außer acht ließen, wie es in Bremen geschehen sei, dann brauchte man sich über Vorkommnisse wie in Bremen nicht zu wundern. Mitglieder, die sich wenig um die Organisation kümmern, können dann nicht beurteilen, ob es aus Lieberhebung, Unwissenheit oder Besetzung geschehen sei. Auch die Kennerung, im Verbandsnamen des Grundsteins sei, hohe Beiträge zu zahlen und's Maul halten, sei nicht zu gefallen. Er habe geäußert, daß die dem deutsch-preussischen Grundsteins "Steuer" zahlen, und's Maul halten". Auf die Anmerkung der Redaktion wolle er nicht eingehen, denn er habe sich bereits beim Ausschuss beschwert. Der Schriftführer Friedrich Wöbda gab die kurze Erklärung ab, daß der Bericht Wort für Wort wahrheitsgetreu sei. Kollege Ziesler verlas dann folgende Resolution und bat um ihre Annahme: "Die am 13. Juni 1907 tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Bremen, erklärt den Bericht, der in Nr. 23 des "Grundstein" steht, für erlogen und als das Produkt des Hasses und des Neides. Sie vernichtet auf das Entschiedenste die Anmerkung der Redaktion als eine öffentliche Ehrabschneiderei und hofft, daß der Hauptvorstand Maßnahmen ergreift, damit die Mitglieder in ihrem Verbandsorgan vor derartigen Gemeinbitten bewahrt werden." Dann ging er speziell auf die Anmerkung der Redaktion ein, worauf er vom Vorstehenden, Kollegen Martin, unterbrochen wurde. Kollege Engel will beinahe auf den Kopf gefallen sein, als er den Bericht gelesen habe; der Schriftführer habe die Sache umgedreht. Engel gab aber zu, daß Brandler seine Ausführungen in e'ig'f'ahr'lo' gemacht habe; übrigens sei ja ein Vertreter des Hauptverbandes anwesend, der könne ja gleich den Bericht mitbringen. Er stellte dann folgenden Antrag: "Der Bericht in Nr. 23 des "Grundstein" ist durch den Zweigvereinsvorstand zu widerrufen, weil er nicht den Tatsachen entspricht. Desgleichen hat dementsprechend die Redaktion eine Verichtigung folgen zu lassen." Kollege Ziesler sprach für die Wichtigkeit des Beschlusses. Kollege Franz Wöbda war der Meinung, daß die heutige Versammlung doch wohl selbständig beschließen lassen könne, ob der Bericht wahr oder unwahr sei, zumal da ein großer Teil der heutigen Versammlungsbesucher in der betreffenden Versammlung nicht anwesend gewesen sei und deshalb auch nicht darüber urteilen könne. Darum sei über die Resolution Ziesler gar nicht zu diskutieren. Den Antrag Engel wolle er zurückgestellt wissen und stelle dafür folgenden Antrag: "Der Kollege Brandler und der Schriftführer wählen je fünf Kollegen. Diese haben festzustellen, inwieweit der Bericht der Wahrheit entspricht." Wenn diese Kommission Bericht erstattet habe, dann könne über den Antrag

Engel in einer späteren Versammlung abgestimmt werden. Kollege Berg erklärte, Brandler verhalte es ausgezeichnet; sich aus jeder Malinaität herauszuwinden, so auch hier. Der Bericht ist seiner Meinung nach wahrheitsgetreu; gerade die von Brandler beanstandeten Stellen seien wirklich wiederzugeben. Er habe den Schriftführer aufgefordert, die Ausführungen Brandler's: ob der Vorstand aus Unkenntnis oder Lieberhebung, oder infolge Besetzung mit Gehmüthen gehandelt habe, wirklich niederzuschreiben. Allerdings, so wie Brandler heute Abend seine Ausführungen hinterließ, habe er es auch schon in der vorigen Mitgliederversammlung getan, aber erst, nachdem Redner ihn angegeltet habe. Des Weiteren ist Kollege Berg der Meinung, das Mißtrauensvotum könne nur auf die Besetzung gemünzt werden sein, denn wenn ein Vorstand etwas aus Lieberhebung, so gebe man ihm anheim, etwas beschreibener zu sein. Brandler sollte doch sagen, warum er die Ausführungen von Brandler überhaupt gebraucht habe. Brandler erklärt, nach der Rede Bergs in der betreffenden Versammlung habe er seine Ausführungen dahin richtig gestellt, wie er sie heute Abend vorgetragen habe. Er hätte vom Schriftführer erwartet, daß er auch dieses mit in den Bericht aufgenommen hätte, das ist aber nicht geschehen; den Vorwurf machte er dem Schriftführer. Im übrigen sollte das Mißtrauensvotum den Hauptvorstand treffen. Kollege Geringe habe auf die Kollegen in der betreffenden Mitgliederversammlung eingewirkt, die Sperrung aufzuheben. Sollte es nun der Hauptvorstand auf die Sperrung treiben, so wolle er sich zu wehren und müsse euppig werden. Er wolle dann eine Protestkarte herausgeben, und müsse er auch hier hängen und dazwischen. Kollege Berg land begann seine Ausführungen mit dem Satz: "Heute macht es mal wieder ordentlich Spaß in der Versammlung." Seine folgenden Ausführungen gingen in dem hierauf folgenden, Gesächter und Ursache verloren. Von uns verperrt. Die Redaktion des "Grundstein" nach dem auf diese Weise 21 Stunde diskutiert worden war, wurde Schluß befohlen. Die Resolution Ziesler und der Antrag Frz. Wöbda wurden abgelehnt, dagegen der Antrag Engel angenommen. Bei der Abstimmung waren ungefähr 150 Kollegen anwesend. Kollege Berg wünscht, im Prothokoll zu bemerken, daß nur durch den Antrag Frz. Wöbda Klarheit geschaffen werde. Diese Klarheit wäre sowohl im Interesse Brandler's wie auch im Interesse des Schriftführers notwendig gewesen. Aber durch die Ausfänger Brandler's sei der Antrag abgelehnt worden.

Da es inzwischen 11 Uhr geworden war, wurde der Vortrag von der Tagesordnung abgesetzt. Kollege Martin verlas dann die Vortragsstoffe. Kollege Fröding bemängelte, daß so wenig Berichte über Innisse von Bremen in "Grundstein" veröffentlicht würden. In "Verschiedenes" wurde auf Antrag Göttsche beschlossen, das Sitzungsprotokoll am 4. August im Schönhof abzuhalten. Kollege Wülfing richtete noch einige Worte an die Kollegen, darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Anmerkung des Schriftführers. In dem Antrage Engel: Ich begreife nicht, was der Zweigvereinsvorstand widerlernen soll, da doch der Bericht nicht vom Zweigvereinsvorstand, sondern vom Schriftführer geschrieben wird. Infolgedessen ist auch nur der Schriftführer verantwortlich. In der Diskussion ist kein Kollege mit Beweisen angetreten, sondern es ist nur mit Verdächtigungen gearbeitet worden, was man in Bremen seit längerer Zeit gewohnt ist.

Anmerkung der Redaktion. Wir können uns der Bemerkung des Schriftführers nur anschließen. Auch uns kann die Resolution Engel nicht zu einer Verichtigung veranlassen. Ueber den Wortlaut der Berichtigung Brandler's steht Verhandlung gegen Verhandlung, und die Deutung, die W. seinen Worten geben möchte, wird dadurch durchaus nicht glaubwürdiger, daß sie von einigen Kollegen, die sie gar nicht gehört haben, bekräftigt wird. Unsere Meinung über Brandler läßt sich nicht berichtigen, wenigstens nicht durch Worte und Versammlungsbeschlüsse. Das kann Brandler nur durch sein ferneres Verhalten, das sich von dem jetzigen wie Weiß von Schwarz unterscheiden müßte, zu stande bringen. Es ist einfach ein Standal, wie es seit längerer Zeit im Zweigverein Bremen liegt, und daran ist nicht zum kleinsten Teil Brandler schuld. Wenn er der weise, von Ernst und Liebe für die Organisation erfüllte Mann wäre, für den er sich ausgibt und für den ihn eine Anzahl seiner Freunde zu halten scheinen, dann hätte er längst einsehen müssen, daß seine "Agitation" nur zur Zerstückung führt. Kann er will er das nicht einsehen, dann muß ihm der Weg gewiesen werden, und geht nicht in Guten, dann in Bösen. Brandler's Charakter wird doch nicht verberichtet durch seine "Drohung", eventuell in einer Proschüre sein geistiges Gend zu verlassen. Nur zu der Reichstagenverband wird schon jetzt legen nach den Brandler'schen "Entschlüssen".

Brandler hat sich, wie er in der Versammlung sagte, beim Verbandsausschuss über uns beschwert. Mag er es tun. Der Ausschuss kann darüber urteilen, ob wir groß oder zu groß waren; unsere Lieberzeugung von der ungeliebten Tätigkeit Brandler's kann auch der Ausschuss nicht ändern.

Gamburg. Unser Zweigverein hielt Sonntag, den 10. Juni, eine Versammlung ab, die trotz der regen Agitation sichtlich befrucht war. Kollege Meier aus Evertz referierte über die wirtschaftliche Lage der Maurer und deren Verbesserung durch die Organisation. Er wies darauf hin, daß die gegenwärtigen Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer den Arbeiter zwingen, sich jede Verbesserung seiner Lage zu erkämpfen, wozu jedoch ein Zusammenstand aller Kollegen in einer Organisation notwendig ist. Weiter beleuchtete Redner die ärztlichen und hygienischen Dureichernde Gewerbetreibende und die Erfahrungen, die wir damit gemacht haben. In "Verschiedenes" kam Redner noch auf das Hebel der Akkordarbeit und der Lieberbunden zu sprechen, das sich unter Kollegen am Aufbau eingestellt hat. Das Gebären der Kollegen wurde scharf angeht und der Wunsch ausgesprochen, daß dieses Hebel nicht weiter um sich greife. Zum Schluß wurden alle nicht organisierten Kollegen aufgefordert, sich den Arbeiterorganisationen anzuschließen. Nachdem Kollege Saalborn zum Abkommen auf die Arbeiterpreise aufgefordert hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Gode auf die moderne Arbeiterbewegung und den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Gottesfreuen. (Zahlreiche V. u. r.) Unser Bericht über die hier am 7. Mai abgehaltene dritte Versammlung scheint den Veranlassern arg ins Gedächtnis gekommen zu sein, denn in der Nr. 21 der "Vaugewerkschaft" müßte sich irgend ein Strich in einer Zeile so setzen lassen: "Wichtig ist die Bedeutung unserer Beziehungen zu streiten." Solchen sollen wir haben, daß wir die Veranlassung, die von ärztlichen Rateln anerkannt war, als eine Veranlassung der hiesigen Zahlstelle bezeichnen haben sollen. Aber nicht wir haben, ja, ja, ja, sondern der Strich der "Vaugewerkschaft" schwand, denn in unserer Bericht war ausdrücklich von einer ärztlichen ärztlichen Gewerkschaftsverammlung" die Rede. Aber hat man die Unwahrscheinlichkeit, wie oder das ärztliche Einzelindividuum? Man werte es uns auch ab, daß wir zu der Versammlung besonders eingeladen seien. Wir stellen nochmals fest, daß der Leiter unserer Zahlstelle, Kollege Heinrich Schneider, persönlich eingeladen worden ist, um mit über die Wichtigkeit auf den Punkten in einer zu reden. Ebenso hat man auch noch viele andere unserer Mitglieder persönlich eingeladen; allerdings nicht durch die Zahlstelle, aber mündlich von den ärztlichen ärztlichen Kollegen. Also auch hier erlauben wir das gewisse Recht, sich seinen laudenden Berichterstatter auf die in unserer Unwahrscheinlichkeit. Ebenso verlegen wir alles auf, was gegen unsere Anschuldigungen gemacht wird. Auch das anzunehmen, daß ärztlich organisierte Maurer aus der Zahlstelle ein Stunden arbeiten, das ist auch nicht richtig genannt, es war wohl das etwas zu lassen. Zeit dessen nicht man davon, daß es diesen Unternehmern aus dem Dortmund ein Stunden gearbeitet würde. Ja, man es dem der Zahlstelle des Vereins aus dem letzten, daß uns das in der gar nicht annehmbar ist an unserer Zeitangelegenheit wie ein Leben zu lassen, und diesen uns daran nicht davon denken, weil es anderswo auch so leicht ist. Und dann kommt er uns mit der prima Zänger in der Hand. Dort seien andere Kollegen, die in Nr. 25 des "Grundstein" veröffentlicht sind. Da, er ist, daß die unrichtige Arbeitszeit auf fünf Stunden nicht unangebracht wäre. Und auf diesen Punkten arbeiten wir freierorganisierte, die christliche und 13 unorganisierte Maurer. Wenn fällt also der Gehör gegen den Tarif zur Last? Doch nur den Christlichen, denn sie haben dort die große Mehrheit, und also auch die Verantwortung. Nun will man dann an den Ausführungen unseres Kollegen Schneider die alte Forderung wehen. Wie arbeiten gern, daß Schneider's Maßnahme der christlichen Sünden höchst unvollkommen war: sie konnte aber auch nicht vollständig sein, weil man ihm nur 10 Minuten Redezeit gewährte. Wenn man aber alle Verärztlichen dieser Leute aufgaben will, so muß man schon eine Dauer von verschiedenen Stunden halten, denn so hoch häufig sich der christliche Linz. Dann soll man uns bei unserem Weggang nachdrücken haben, wir wären Zeitlinge. Nun ist das überhaupt nicht wahr und kann auch nicht wahr sein, denn wir hatten bewiesen, daß wir nicht feige waren. Feig war der christliche Klingel, der uns die verprognose Redezeit auf 10 Minuten kürzte! Und wenn es nun wirklich wahr wäre, wenn wirklich so ein Gohemer hinter uns her geschrien hätte, was wäre dann? Man muß ja manden Hund hinter sich herlassen lassen und bleibt doch, was man ist. Der Berichterstatter scheint seine Meinung davon zu haben, wie die Veranlassung bei seinen Kollegen gewirkt hat. Möge er doch einmal erzählen, warum der christliche Vorstand sein Amt niedergelegt hat. Wir wissen, daß unser Auftreten in der Versammlung manden christlichen Kollegen die Augen darüber geöffnet hat, daß wir nach allen Kräften und ehrlich bemüht sind, die Mißstände in unserem Vaugewerbe zu beseitigen. Das soll auch in Zukunft unsere Hauptaufgabe bleiben. Zwischen durch werden wir allerdings oft einmal einlagen allzu unberühmten christlichen Rügenbolden einen Klaps auf ihr Köpfermaul geben müssen.

Gottesberg. Am 13. Juni schied der Unternehmer Redner seinen Bruder, der bei ihm Kolleg ist, nach dem Neuauf des Bau- und Sparvereins, um dort einmal "Ordnung" zu schaffen, weil angeblich eine Kontrolle der Berufsgenossenschaft bevorsteht. Nachdem er hier und dort umgesehen war, wie das denn immer bei solchen Gelegenheiten zu sein pflegt, ärgerte er sich darüber, daß einige Maurer Solzpanzern trugen und verlangte, daß sie entweder diese ablegen oder sofort die Panzerteile verlassen sollten. Dabei berief er sich auf den § 2 der Unfallversicherungsverordnung, wonach es unzulässig ist, wenn man in einem Werk, das für die Arbeiter bestimmt ist, eine Panzerteile tragen. Die drei oder vier Kollegen zogen es vor, den Bau zu verlassen. Der Redner aber hatte wohl nicht mit der Solidarität der anderen Maurer gerechnet. Von den dort Beschäftigten blieben nur zwei "Christen" und ein alter Kollege, der Unfallrente bezog, am Plabe, die anderen legten alle die Arbeit nieder. Redner bekam etwas Erjaß, drei "Christen" fanden sich, die Läden zu füllen. Aber nun sprach der Vorstand und Aufsichtsrat des Bauvereins ein ernstes Schreiben mit Herrn Redner und siehe da: er mußte von seinem hohen Hof herab und die entlassenen reiß-gegenrechten Kollegen, wieder einstellen. Nach vierstündiger Unterbrechung wurde die Arbeit wieder aufgenommen, aber in Solzpanzern! Den freijug-angeworbenen, "Christen" gefiel das aber nicht, sie machten Geierabend, obwohl sich die Kollegen bereit erklärten, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Sichtlich weiß nun Herr Redner, wie er mit freijugangeworbenen Maurern umzugehen hat.

Greene. Den rechten Hurratriotismus zeigen die Kollegen August Schömann, Wilhelm Schrader und Wilhelm Diebold aus Gumbrecht. Ihnen steht der Kriegerverein höher als die gewerkschaftliche Organisation. Deseignierten Kriegervereinsmitglieder, die gleichzeitig gewerkschaftlichen Verbänden angehören, wurden vom Vorstand des Kriegervereins aufgefordert, entweder aus den Verbänden auszutreten oder aus dem Kriegerverein. Die genannten drei Kollegen hatten nichts Giltigeres zu tun, als sich bei uns abzumelden. Damit war die "Ehre" des Hurratriotismus wieder gerettet. Da wohl der patriotische Verein diesen "getreuen Kameraden" auch einmal bestrafen wird, wenn sie ihren Lohn und ihre Lebenshaltung aufzubessern gedenken?

weil man es von jener Seite so selten sagen kann. Aber ich meine, es sei eine Mühseligkeit, als ihm das Wort mit der Aufzeichnung einer persönlichen Verankerung unter die Hand gegeben würde, möchte er natürlich nicht sein. In der Diskussion wollte man die unliebsame Arbeit nicht hören, es wurde ihm aber doch vorgehalten, wie die christliche Bewegung aus Berlin nach Dortmund zum Streikbündnis herangeht. Auf diese Anklage machte der gute Mann wieder aus, und erklärte darum die Verankerung für geschloffen. Für unsere Kollegen heißt es nun höchst gefährlich und sich regen an dem Delegationsleiter beteiligen. In der nächsten Versammlung wird nächste Sitten aus Bremen einen Vortrag halten, da muß jeder zur Stelle sein.

Bäslau. Am 10. Juni tagte hier eine gut besuchte Mauererbewegung. Als Referent war Kollege Byß aus München anwesend. Die Tagesordnung lautete: "Kollektive Stellung der Mauererbewegung Deutschlands." Kollege Byß verlas es, in trefflichen Worten den Passauer Kollegen die Bewegung in Berlin zu schildern. Anschließend wurden darüber das glänzende und für uns so lehrreiche Referat. Anschließend Befehl der Kollegen lohnte Kollegen Byß für sein Referat. Fünf Kollegen, wovon einer vom christlichen Verband, ließen sich aufnehmen.

Förzheim. Mittwoch, den 22. Mai, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Von besonderer Wichtigkeit waren der zweite und dritte Punkt der Tagesordnung. Zum zweiten Punkt: Bericht von der letzten Monatsversammlung, leitete Kollege Böhm mit, daß die Differenzen der Vertreter in Mühlacker zu deren Gunsten geregelt sind und somit der Boykott über das Bier der Gewerkschaft aufgehoben ist. Sehr wichtig für die gesamte Arbeiterbewegung Förzheims ist die Gründung einer Lokalgruppe, die ungenügend die Interessen der Arbeiter vertritt. Der Mangel eines Arbeiterklubs wird von Jahr zu Jahr spürbarer, und diesem Mangel sollte nun endlich energisch aus dem Leid gerückt werden. In einer kombinierten Sitzung des Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei Badens, des hiesigen Vereins und Gewerkschaftsausschusses ist diese Frage bereits eingehend berührt und als erstmaliges Ergebnis der "Freien Kreise" der 1. Oktober d. J. in Aussicht genommen worden. Auch in diesem Jahre soll, wie abschließend, ein Vorschlag veranlaßt werden. Auf Anregung unseres Kollegen Verhard soll die Konstituierung einer Mauererbewegungskommission, das Schmelzen der Pforzheimer Gewerkschaftsbewegung, nochmals verurteilt werden. Zum dritten Punkt: "Kollege Philipp, Karlsruhe, und die Beitragszahlung der Kollegen von Böschbach und Söllingen." Kollege Verhard las das Wort, der etwa folgendes ausführte: Es ist bedauerlich, daß wir zum 5. und sechsten Male Gelegenheit nehmen müssen, die Beitragszahlung der in Förzheim beschäftigten Mitglieder des Zweigvereins Karlsruhe zu besprechen. Abermaligen Anlaß hierzu gibt eine "Verichtigung" des Kollegen Philipp in Nr. 24 des "Grundstein". Nachdem das Streikobjekt, die Beitragszahlung, "anscheinend" geregelt ist, will ich nicht die ganze Frage hier nochmals aufrollen, bemerke nur, daß die Konferenz in Böschbach allerdings bis das Sonnenberger Schießen ausgearbeitet ist; denn der Kernpunkt, die Beitragsfrage, trat in den Hintergrund der Verhandlungen. Zunächst hätte ich gewünscht, daß der Schriftführer der Generalversammlung noch etwas deutlicher berichtet hätte, dann hätte wohl dem Kollegen Philipp zu seiner "Verichtigung" der nötige Mut gefehlt. Ja, wäre auf der Konferenz so geredet worden, wie das in der "Verichtigung" steht, so hätte uns das aufrichtig gefreut; aber man möge nun doch auch in Karlsruhe, der Wahrheit die Ehre geben. Das Verhalten des Kollegen Philipp auf genannter Konferenz wurde dort schon bereits als "Generalangriff" Neutralität gekennzeichnet, und mit Kollegen Philipp zu reden, fragen wir: Ist den Vertretern von Förzheim und Karlsruhe, die auf der genannten Konferenz anwesend waren, und dem Vorsitzenden derselben, Kollegen Horter, noch erinnerlich, daß Kollege Philipp wertvoll und mit erheblicher Stimme erklärt hat: "Aber ich denke, wir sind so dumm und verkaufen 60 S. Marken?" Nein, für so dumm dürft ihr uns doch nicht halten. Ist das etwa ein Beweis für das große Interesse an der Regelung der Beitragsfrage? Schon im Januar d. J. wurde mit der Karlsruhe Zweigvereinsleitung wegen dieser Frage verhandelt, und Philipp sagt da in einem Brief an uns: "er glaube, daß wir uns einen Tag nachts überlassen, er nehme uns das nicht übel, aber wenn dem so sei, so möchten wir warten bis Februar, denn dann sei erst das Fest der heiligen Fastnacht." Ist das ein Beweis für das große Interesse an der Regelung der Beitragsfrage? Nein, sagen wir. Kollege Philipp fühlt sich auch zur Zeit als Mitglied der Förzheimer. Ob das Bedürfnis, auf jemand Holz zu haben, jedes Jahr wiederkehrt, können wir nicht voraussagen. Zur Verantwortung dieser Frage sind wohl die Kollegen kompetent, die es nicht verstehen können, daß die Förzheimer hier und da eine eigene Meinung haben, eine eigene Meinung, die, wie die letzten Jahre gezeigt haben, immer zum Guten der Organisation ausfällt. Den Clou der "Verichtigung" sollte ungewissheit der Briefe abgeben, an der uns geschrieben wurde. Aber ein altes Schicksal war uns holder gefasst als Philipp; denn sehen wir den Brief genau an, so wird das Bild immer klarer und klarer und zuletzt bleibt kein Zweifel daran, daß unsere untere Generalversammlung nicht der Brief, der ja damals noch gar nicht existierte, sondern der Bericht von der Böschbacher Konferenz maßgebend war. Der Brief ist die Antwort, auf ein Schreiben von uns, das bereits am 24. Mai abgegangen wurde. Nach Erscheinen der Nr. 22 des "Grundstein" sagte sich wohl Philipp: Jetzt rufe den Brief nach Förzheim und eine Verichtigung an den "Grundstein". In der Eile schreibt er nun ganz richtig als Datum: 1. Juni. Er bemerkt diesen Fehler und füllt auf. Kollege Verhard sagt ihm als Leiter in der Not, daß der Monat Mai 31 Tage hat, damit also nur vor die Ziffer 1 eine 3 setzen, Juni freiden und dafür Mai schreiben. Das dürfte beweisen die Vollstetigkeit; denn tatsächlich erschien der Brief am 1. Juni. Die Tatsachen sind also in Nr. 24 des "Grundstein" völlig entfallen. Weiter weiß Philipp so gut wie einer, daß wir alle daransehen, das Baubegleitensystem, das Fundament einer gut funktionierenden Organisation, nach Kräften auszubauen. Aber

in einer Stadt wie Förzheim mit solch starken Fluktuation geht das nicht von heute auf morgen. Gegenwärtig arbeiten hier nahezu 200 Kollegen vom Zweigverein Karlsruhe. Und nun die Frage: Welchen Einfluß haben wir auf den Baueinbau, wo die Arbeiter und Söllinger Kollegen die Mehrheit bilden und der Baubegleitensystem in ihren Händen liegt? Wenn es sich um die Pflichtenverteilung handelt, und in diesem Jahre geht es an den Westendbau, da geht bei der Mehrzahl dieser Kollegen das Karlsruhe-Motiv in den Vordergrund. Nach dem Statut sollten die Kollegen sich ab 1. Juni zur Kontrolle anmelden, aber noch nicht eine einzige Anmeldung ist erfolgt. Die Karlsruhe Zweigvereinsleitung hat also noch eine hübsche Erziehungsarbeit zu leisten, und es soll uns herzlich freuen, wenn die Maßnahme des Kollegen Philipp bei den Kollegen nicht ungehört verhallt. Die Diskussion in der Versammlung bewegte sich im Sinne vorstehender Ausführungen. Kollege Verhard leitete noch mit, daß der Kollege Verhard, der dieses Frühjahr bei uns auf Aufnahme in den Verband nachsuchte, jedoch nicht aufgenommen wurde, bei den "Christlichen" bereits zum nächsten abgewiesen ist. Diese Mitteilung rief in der Versammlung allgemeine Heiterkeit hervor.

Schleiz. Donnerstag, den 20. Juni, tagte hier eine außerordentliche Mauererbewegung. Zunächst wurde vom Kollegen Wiedow aus Triebitz der Bericht vom Verbandstage erstattet. Mit dem Beschluß des Verbandstages erklärte sich die Versammlung einverstanden. Sodann wurde über die Einhaltung der Arbeitszeit gesprochen. In Frage kamen zwei Punkte, wo einige Kollegen den Arbeitsvertrag wieder eingeleitet haben. Einige Kollegen von diesen Punkten waren zugegen; sie wurden vom Vorsitzenden aufs strengste ermahnt, die festgesetzte Arbeitszeit streng innezuhalten. Die Versammlung war der Meinung, daß derartige Fälle nicht wieder vorkommen dürften, weil dadurch unsere Organisation gefährdet würde. Hierauf wurde vom Vorsitzenden berichtet, daß die Christlichen und der Reichsverein daran arbeiten sollten, unsere Vertreter aus der Strafkasse herauszubringen. Es wurde den Kollegen aus Herz gelegt, bei etwaiger Arbeitslosigkeit vor der Neuwahl freiwillig noch einige Wochen weiter zu steuern, um sich das Weitergehen zu sichern und bei der Neuwahl unsere Vertreter wählen zu können. In "Verhinderung" wurde die Abhaltung eines Stiftungsfestes besprochen; es kam aber nicht zur Entscheidung, sondern die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

St. Johann-Saarbrücken. (Ein Verleumder in der Halle!) In der Nr. 23 der "Baugewerkschaft" geht der Mitarbeiter Wendel um die Wahrheit herum, wie die Rede um den heißen Brei. Schon vor sechs Wochen war durch eine Notiz in der "Baugewerkschaft" an Wendel die Frage gerichtet worden, was für ein "Geheimvertrag" in Saarbrücken bestünde. Fünf Wochen lang hatte der Held zu tun, seine Taten durch einen betrogenen Artikel zu bewähren, den betrogenen Verrat auf andere abzuladen und sich von allen Sünden reinzuwaschen. Vor einem Jahre wurde der Tarif in St. Johann-Saarbrücken abgeschlossen, und solange konnte es Wendel über sich ergehen lassen, ohne auch nur einen Heberstich darüber zu machen. Zur Aufklärung diene unseren Kollegen folgendes: Nach sehntägigem Streit kam es im vorigen Jahre zu Unterhandlungen, in denen ein Tarif zu Stande kam. Der § 8 dieses Tarifes bestimmt, daß Wendel hier zu Tage, da er diesen Paragraphen nur zur Fälschung benutzte. Der Tarif lautet: "Der Lohn für Maurer beträgt auf Hochbauten bis 1. Oktober 1906 47 S., vom 1. Oktober bis 1. März 1907 49 S., vom 1. März 1907 bis 1. März 1908 50 S., vom 1. März 1908 bis 31. März 1909 52 S. für die Stunde. Für Straßenbauarbeiten sowie Wiederaufbau in harten Gestein ist der Lohnsatz 2 S. höher. Für jüngere, und auch noch nicht leistungsfähige Maurer kann ein geringerer Lohn vereinbart werden."

Die Unterhandlungen fanden an einem Freitag statt, und für den darauffolgenden Samstag, Abends 6 Uhr, hatten wir eine Versammlung einberufen, in der die Kollegen entscheiden sollten. Kurz nach 6 Uhr kamen zwei Unternehmern aus Duren, in dem außer mir noch sieben Kollegen anwesend waren, und fragten mich, ob ich bereit sei, mit ihnen ein paar Worte zu reden, wenn möglich, in einem anderen Raume. Da das Duren zur Zeit noch in meiner Wohnung war, habe ich den Herren das neben dem Bureau befindliche Wohnzimmer angeboten. Dort fragten mich die Unternehmern, ob es nicht möglich wäre, den § 6 abzuändern, worauf ich ihnen strikte erklärte, ohne daß Wendel dabei sei, würde ich nichts vereinbaren. Ich wollte mich nach ihm umsehen, doch in demselben Moment kam er auch schon ins Bureau und ich rief ihn herein. Aber nichts mußte er kommen, da ja die Versammlung in demselben Saale stattfinden sollte. Wenn Wendel aber behauptet, meine Frau habe ihm auf seine Frage, ob ich zu Hause sei, dies berichtet, so sagt er damit die Unwahrheit. Die Unternehmern erklärten dann im Weisem Wendels, daß sie eine tüchtige Versammlung wegen der Annahme des Tarifs hätten; sie seien von der Versammlung abgelehnt worden, einer Rechtsanwaltschaft danach zu fragen, was das Wort "noch nicht leistungsfähig" bedeuten könne. Diefes habe ihnen erklärt, daß es für sie sehr viel bedeute. Und dieses Wort noch wollten die Unternehmern aus dem § 6 entfernt wissen. Ich erklärte, auf keinen Fall eine Änderung des Vereinbarungsgesetzes zuzustimmen, und nun machten die Herren folgenden Vorschlag: Zusatz zu den Arbeitsbedingungen. Verhandelt den 16. Juni 1906, Abends 9 Uhr, im "Hotel Meiner". Zu den heute abgeschlossenen Arbeitsbedingungen zwischen dem Arbeitgeberverband und der Organisation der Maurer in den drei Saarstädten wurde zu § 6 der Bedingungen als Erklärung folgende Erklärung abgegeben: Der vereinbarte Lohn soll für Maurer, d. h. ausgebildete Arbeiter, bezahlt werden. Entlassung sowie Verweigerung der Einstellung von Arbeitnehmern, welche nach Wissen oder nach Annahme des Arbeitgeberverbandes nicht obiger Erklärung entsprechen, gilt nicht als Maßregelung und steht im freien Ermessen des Arbeitgeberverbandes. Auch auf diesen Vorschlag wollte ich nicht eingehen, aber Wendel meinte, hierdurch könne eine Einigung herbeigeführt werden. Die Unternehmern gingen fort. Im selben Abend 8 1/2 Uhr sollte der Tarif und Zusatz im "Hotel

Meiner" einer redaktionellen Korrektur unterzogen und unterschrieben werden. Wendel kam etwas später und auch einige Unternehmern zeigten sich; es wurde deshalb mit der Korrektur erst begonnen, als Wendel auch da war. Dann wurde über den Zusatz verhandelt. Hier hätte Wendel seinen Widerstand zum Ausdruck bringen können, da er ja auch gar nichts zu riskieren hatte; aber er war stumm wie ein Fisch! Es kam ihm auch gar nicht darauf an; je schlechter der Tarif ausfiel, desto mehr Angriffsfläche bot ihm der Zentralverband! So hielt die "Anschuldigung" Wendels aus. Daß Wendel weiter behauptet, mit mir über das Einverständnis des Kollegen Horter zu dem Zusatz gesprochen zu haben, ist eine Unwahrheit. Der Kollege Horter trägt an dem Zustandekommen dieses Zusatzes keine Schuld. Sollten christliche Kollegen den im Tarif festgelegten Lohn nicht bekommen, so bedauere ich, daß Wendel nicht die Courage hat, den Unternehmern deshalb entgegenzutreten. Wie es sonst mit der Wahrheitliche Wendels aussieht, beweist folgendes Protokoll von einer Sitzung der Schlichtungskommission:

Sitzung der Schlichtungskommission vom 27. April 1907, Nachmittags 6 1/2 Uhr, im "Tannhäuser" zu St. Johann. Anwesend waren: Von Seiten des Arbeitgeberverbandes die Herren Bauunternehmer Schultze, als Vorsitzender, Kaiser als Stellvertreter, L. S. Schmidt, Carl Burgemeister, S. Berger, Emil Satz als Beisitzer. Von Seiten der Arbeiter der Freien Gewerkschaft die Herren Josef Schrotz, Pontius, Leibert, von der christlichen Gewerkschaft die Herren Wendel, Wahn, Aug. Müller, Math. Schmidt. Tagesordnung: Schrotz contra Wendel. Nach Besprechung des Falles Schrotz gegen Wendel erklärte Herr Wendel das folgende: Nach der heutigen Aussprache im Schiedsgericht über meine gemachte Aussage in der Versammlung der christlichen Gewerkschaft vom 10. April 1907, gegen Herrn Schrotz erkläre ich hiermit, daß meine Aussage in betreff geheimer Abmachungen zu der Arbeitsbedingungen in Schrotz's Bureau, und den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes, nämlich den Herren L. S. Schmidt und Carl Burgemeister meinerseits vollständig auf falscher Auffassung beruht, und daß ich keinem der Beteiligten unehrliche Absichten vorhalten kann. Den Herren Schrotz und Wendel soll je eine Ausfertigung des Ergebnisses der Besprechung zugestellt werden. Der Vorsitzende, gez. C. Schultze.

Daß Wendel im Abschluß von Tarifen überhaupt ein Genie ist, beweisen uns folgende Vorwissen, die ich vor einem Jahr in St. Ingbert und Weidenrieden abgepflegt haben, zur Genüge. In St. Ingbert wurde von beiden Organisationen die gegenseitige Arbeitszeit gefordert, und die Unternehmern waren auch damit einverstanden. Bei den Unterhandlungen erklärte Wendel plötzlich, die einstündige Arbeitszeit beibehalten zu wollen. Zu Weidenrieden ist Wendel während der Lohnbewegung hinter unseren Rücken zum Vorsitzenden des dortigen Arbeitgeberverbandes gelaufen und hat erklärt, seine Leute wären mit dem Angebot der Unternehmern zufrieden. Zum Schluß möchte ich Wendel nur den guten Rat geben, in Zukunft die Wahrheit nicht mehr so zu verbergen, wie er dies in seiner letzten Erklärung in der "Baugewerkschaft" getan hat. Josef Schrotz.

Suttgart. Nach dem günstigen Abschluß der Lohnbewegungen der Maurer und Gipser, war der hiesige Zweigverein genötigt, die Beitragsfrage statutengemäß zu regeln. Nach einer von den Hilfskassierern angegebenen Lohnstatistik beträgt der Durchschnittslohn der im Vertragsgebiet beschäftigten Kollegen: Bei den Maurern 52 1/2 S., bei den Gipsern 57 1/2 S., bei den Blattenlegern 60 S. Der Durchschnittslohn ist also, alle Bränden aufeinandergerechnet, 54 S. Statutengemäß muß deshalb ein Beitrag von 55 S. für die Hauptklasse gezahlt werden. Da nun außerdem der Zweigverein zur Verteilung seiner lokalen Ausgaben eines Lokalaufschlages von mindestens 5 S. bedarf, so hat die Mitgliederversammlung beschlossen, einen Beitrag von 60 S. zu erheben. Die neuen Marken gelangen erstmals Sonntag, den 7. Juli, zur Ausgabe. Die Kollegen, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, vor dem genannten Datum ihre Bücher in Ordnung zu bringen, da die alten Marken eingezogen werden und die Rückstände vom 7. Juli an mit 60 S.-Marken beglichen werden müssen. Für die Kollegen, die in auswärtigen Lohnbezirken mit niedrigeren Löhnen arbeiten, wie Ludwigsburg, Waadung, Ehlingen, Nürtingen usw., bleiben vorläufig die alten Beitragsätze in Kraft. Nach § 27 des Statuts tritt jede durch den Eintritt in eine höhere Beitragsklasse bedingte Erhöhung der Unterstützungsätze erst ein Jahr nach der Zahlung des ersten höheren Beitrags in Kraft.

Fliesenleger. **Hannover.** Die hiesige Lohnbewegung der Fliesenleger wurde durch einen dreieinhalbwöchigen Streik streng abgeschlossen. Dem Streik gingen drei Verhandlungen voraus, in denen aber eine Einigung nicht erzielt wurde. Als wir Mitte März den Unternehmern unsere Forderungen aufstellten, übersandte uns zwei Tage später einer der Unternehmern, Herr Wertens, einen Tarif, der sich, von einigen Abweichungen abgesehen, im großen ganzen mit unseren Forderungen deckte und daher annehmbar war. Wir teilten deshalb Herrn Wertens mit, daß wir gewillt seien, mit ihm auf Grund seines Tarifentwurfes in Unterhandlungen einzutreten. Nun erschien bei uns der andere Unternehmer, Herr Weinmann, persönlich und gab seiner Vermunterung über die hohen Forderungen Ausdruck. Er meinte, wir wollten ihm kein Geschäft, das er sich in 30 Jahren aufgebaut habe, durch unsere hohen Forderungen ruinieren. Als nun gar Herr Weinmann Wind davon bekam, daß sein Kollege Wertens uns einen Vertrag zugestimmt hatte, der sich größtenteils mit unseren Forderungen deckte, war es mit seiner Gemütsruhe und Ruhe vorbei. Klugs lief er in die Knechtelstraße in das Bureau des Arbeitgeberverbandes und rief um Hilfe. Nun wurde auch Herr Wertens herangeholt und ihm wegen seiner Tarifausstellung an uns rechtlich eingehend. Dies hatte dann auch den Erfolg, daß Herr Wertens einige Tage später seinen Tarif zurückgab. Hierauf folgten nun einige gemeinschaftliche Sitzungen, in denen zweiter

man sich über die Höhe der Affordräge und über den bei aus-
wärtigen Arbeiten zu zahlenden Lohn, der auf M. 2,50 fest-
gesetzt wurde, einigte; über den Stundenlohn konnte eine Einigung
nicht erzielt werden, und deshalb wurde diese Sitzung abgebrochen.
Auch die dritte Sitzung verlief resultatlos, indem die Herren
über einen Stundenlohn von 68 ¢ nicht hinausgehen wollten.
Inzwischen hatte aber die Arbeits-Einstellung schon begonnen und
bereits drei Wochen gewauert. Als die vierte Streikwoche
vorbei war, bekamen wir den Befehl, daß die Unternehmer
bereit seien, mit uns einen Tarifvertrag unter den von uns
vorgeschlagenen Bedingungen abzuschließen. Diese Bedingungen
waren: Sofort einen Stunden-
lohn von 68 ¢ statt 63 ¢, vom 1. März n. J. 69 ¢, und
vom 1. März 1909 70 ¢. Die Affordräge sollten durch-
schnittlich um 10 p. Ct. erhöht werden. Die Verhandlung gab
hierzu ihre Zustimmung, so daß der Tarif unter diesen Be-
dingungen abgeschlossen werden konnte. Am 4. Juni konnte
die Arbeit, die bereits sechs Wochen gerast hatte, wieder auf-
genommen werden.

Aus Ungarn.

Budapest, im Juni 1907.

Im Februar d. J. ging die Mitteilung durch die Presse,
daß neben anderen Organisationen der Fachverein der
Maurer in Budapest auf ministerielle Anordnung auf-
gelöst sei. Diese Nachricht war nicht ganz zutreffend. Inse-
re Gewerkschaft wurde damals, am 7. Februar, vorläufig nur
„inaktiv“. Jetzt aber ist die definitive Auflösung
zur Tat geworden. Am 11. Juni hat der Minister des
Innern, Graf Julius Andrássy, diesen Beschluß im Magyar
Hirlap veröffentlicht, nach dem er dem Vorstand der
Gewerkschaft zugestellt war. Als Grund der Auflösung wird
angegeben, daß die Leiter und Vertretungsmitglieder des Vereins
von den Mitgliedern außer der Vereinsbeiträge sonstige
Steuern (für den Streikfonds, für das Fachorgan etc.) gele-
gendlich eingezogen hätten und daß die Einnahmen des
Vereins nicht im Sinne des vom Minister genehmigten
Statuts verwendet worden seien. Es sollen größere
Beträge dem Hilfsfonds für Arbeitslosenunterstützung
(in den letzten Jahren 70 p. Ct. der Einnahmen) zugeführt
worden sein, ohne daß ein einziger Arbeitslosen-
unterstützung erhalten habe. Ebenfalls große Beträge wurden
auf Konto des Zentralsekretariats beschaffen und Erhaltung-
skosten der Lokalfakultäten gebüht. Da die monatliche Aus-
spernung der Maurer in Budapest und andere Kämpfe natürlich
große Mittel erforderten, öffentlich werden darf, wittert
der Minister hinter der Arbeitslosenunterstützung u. v. Streik-
unterstützung. Und da die ungarische Arbeiterbewegung dem
dortigen Baumeisterverband (Schmiedverband heißt er im
Munde der Budapestser Baugewerkschaft) in den letzten Jahren
äußerst unangenehm geworden ist, haben sie den Grafen Andrássy
schon seit Monaten in die Ohren geschmeißelt, er solle den Fach-
verein auflösen. Graf Andrássy hat nun gesagt, daß er zur
Tat bereit ist, daß er „Industrie und Nation retten“ will.
Die Maurer sind es übrigens nicht allein, die von Herrn
des Grafen Andrássy herbeigeholt haben. Die „nationale“
Regierung hat in der kurzen Zeit vom 21. März bis 25. Mai
101 Arbeiterorganisationen ohne jeden triftigen Grund un-
möglich gemacht. Es wurden 68 aufgelöst, 30 suspendiert, 63
nicht zur Kenntnis genommen, gegen welche die Untersuchung
eingeleitet. Einige Personen wurden unehrenhaftig
eingespart und schweben, andere auf die Straße folgenden
Verhandlungsverträge und andere politische Esistenzen folgen
einander und feiern wahre Orgien. Die Politik der berichtigten
Waffen-Arbeit wird weit in den Schatten gestellt.
Ob die Leiter des Budapestser Maurervereins gegen das
ungarische Gewerkschaftsgesetz verstoßen haben, kann hier un-
erörtert bleiben; haben sie es getan, so sind sie durch das Gesetz,
das den Bedürfnissen der Arbeiterklasse geradezu Hohn spricht,
in die Notlage gedrängt worden. Die Auflösung des
Vereins wird aber weder dem Ansehen der Regierung,
noch den Baumeistern etwas nützen. Weder der Minister,
noch die ganze boom Genossenschaftswelt, befallen
Reaktion hat die Macht, den Fachverein auch aus dem
Herzen der Arbeiter zu reißen und die Anhänglichkeit und
Liebe zu diesem anzuhängen. Das Maß ist erreicht, jedoch der
Fortschritt des Restbaues ist nur bis in unseren Mut-
terraum und wieder werden wir nicht aufbauen, was brutale
Erlasse zerrütten. Alle Arbeit und Gewalt muß früher
erlassen, als unsere Geduld und Ausdauer in der Verleumdung
unserer Organisation. Der dienstfertige Minister und seine
Auftraggeber, die proklammernde der kirchlichen Scherzma-
cher werden schon längst der Vergeßlichkeit anheimgegeben sein,
während auf der Seite unserer Fesseln, der Organisation, im
Windeshauch der neuen Zeit frei die Fahne der Solidarität
flattern wird.

Die Auflösung des Vereins kann und wird ihren Zweck,
die Organisation der Maurer niederzubrechen, nicht erreichen.
Sie kann den Zweck nicht erreichen, weil die Maurer auf Grund
der Statuten des Bauarbeiterverbandes sofort ihre neue Fach-
gruppe ins Leben rufen und in Tätigkeit setzen; andererseits,
weil die freie-Organisation der Maurer seit der Suspension
des Fachvereins in Tätigkeit ist und den materiellen und
kulturellen Interessen der Kollegen dient und, auch weiter
dienen wird.

Die ungarländische Arbeiterschaft ist von der Unvermeid-
lichkeit des Kampfes überzeugt; auch davon, daß er nur mit
den stärksten Waffen und mit äußerster Entschlossenheit geführt
werden kann. Die Mischung zum Kampfe ist unausschlagbar.
Es ist Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, dafür zu sorgen,
daß die etwa auszubildenden freimütigen Organisationen im
ganzen Lande sofort durch freie Organisationen ersetzt werden
können.

Die Ausspernung in Budapest ist offiziell be-
endet und ebenso offiziell haben die Baumeister „gestigt“. Der
eigentliche Zweck der Ausspernungen war: den Arbeit-
slosen zu reduzieren und die Arbeitszeit zu verlängern, und das Ergebnis
ist, daß im Baugewerbe die Arbeitszeit dieselbe blieb wie früher
und der Arbeitslohn um 40-50 p. Ct. stieg. Anstatt des herbei-
geleiteten Friedens sind die sogenannten amerikanischen
Boykotts auf der Tagesordnung. So sieht der „Sieg“ der
Baumeister aus. Millionen haben sie durch die Ausspernungen
verloren, viele Gewerbetreibende sind zu Grunde gegangen,
die Wohnungsmieten sind im ganzen Lande gestiegen und alles
umsonst: es gelang nicht, die Arbeiter auszugutern. Sie sind

heute ebenso stark, ebenso kampfbereit, wie vor den Aus-
spernungen. Ein Teil der ausgesperrten Arbeiter ist aus-
gewandert, so daß heute in Ungarn über allgemeinen Arbeiter-
mangel geklagt wird, was natürlich das Steigen der Löhne
nach sich zog.

Eine im Mai begonnene Ausspernung in Feghburg
bezieht sich, in der Hauptsache handelt es sich um die Zimmerer,
die aber zum größten Teil in andere Städte gewandert sind
und dort Arbeit erhalten haben. Zwischen den Maurern und
den Unternehmern kam es zu einer Verständigung, indem letztere
die von ihnen aufgestellte Arbeitsordnung den Wünschen der
Arbeiter entsprechend modifizierten.

Im ganzen sind in Ungarn über 50 Orte für Zuzug ge-
sperrt, wo teils Streiks und Ausspernungen, teils Einzelsperren
und Differenzen bestehen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 18. bis 22. Juni sind folgende Beträge
eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Bofen M. 1000,
Göbenitz 600, Wolfshaus 500, Hamburg 500, Oranienburg 400,
Harburg 300, Groß-Bitterfeld 200, Lehm 200, Nedermünde
200, Ober-Schönweide 100, Vergeborf 100. Summa M. 4100.
Zuschüsse erhielten: Lobtenhausen M. 450, Feghburg 300,
Helsburg 200, Hannover 200, Hörde 100, Bielefeld 100,
Baruth i. d. Mark 100, Genthin 50, Hagen i. Westfalen 50.
Summa M. 1550.

Aktiona, den 22. Juni 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterlohn, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baucostwärtigen,
überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den
Bauten schnellstens einen ausführlichen Bericht an Euer Fach-
blatt zu senden.

Vertin. Schwere Unfälle richtete am 20. Juni der
Eintritt eines großen Kapitales am Schiffbauerdamm 25
an. Vier Arbeiter und ein Droßkutscher wurden hier-
bei zum Teil schwer verletzt. Außerdem wurde ein Pferd
erschlagen. Ueber den Unfall meldet der „Vorwärts“:
„Auf dem genannten Grundstück wird das Neue Operen-
theater aufgeführt; die Fundamente sind bereits fertig-
gestellt. Die ganze Baugrube entlang ist ein großes
eisernes Krangerüst von etwa 30 m Länge errichtet,
das in der Mitte den 26 m hohen Kran trägt.
Der größte Teil dieses Gerüsts samt dem Kran stürzte
am Mittags 1½ Uhr nach der Wasserseite hin ein. An
jener Stelle ist aber ein Droßkutscherpaß, der stark mit
Droßkuten besetzt war. Der stürzende Block, der in seiner
Droßkute saß, das Krangerüst plötzlich wankte, sprang
zum Wagen heraus und rettete sich dadurch. Alledings
erhielt er noch von einem herabfallenden Eisenstück einen
Schlag gegen den Leib, doch ist die Verletzung nicht ge-
fährlich. Das Pferd der hinter ihm haltenden Droßkute
wurde von einem Eisenbalken bearbeitet getroffen, daß es in
einer großen Mütze zudend liegen blieb. Um das arme
Tier von seinen Qualen zu erlösen, erschoß man es bald
darauf. Unter den Trümmern lagen vier Arbeiter
begehr. Zuerst gel. es, den verletzten Gustav Jung-
huhn zu befreien. Er hatte neben Verletzungen noch schwere
innere Verletzungen davongetragen. Nach längeren Ver-
suchungen konnten auch die drei anderen Verunglückten
herausgezogen werden. Sehr schwer verletzt war nur noch
einer, nämlich der Metallarbeiter Julius Liegmann. Die
beiden anderen Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen
davon. Alle vier fanden auf der nächsten Unfallstation die
erste Hilfe. Jungshuhn und Liegmann wurden dann nach
der Charité gebracht. Die herbeigerufene Feuerwehr
brauchte nicht weiter in Tätigkeit zu treten, da alle Per-
sonen schon gerettet waren. Der Bau blieb einstweilen
polizeilich gesperrt. Den Aufbau des Kranges hat die Kran-
baugesellschaft m. b. S. Wolf & Bolter, volkshellen lassen.
Ob hierbei etwa infamäßig gehandelt worden ist oder ob
andere Ursachen den Eintritt herbeigeführt haben, muß erst
die eingeleitete Untersuchung ergeben. Nach einer anderen
Meldung sollen zwei Personen getötet worden
sein. Als Ursache des Unfalles wird angegeben, daß das
Mauerwerk, auf dem der hohe Eisenkran
ruhte und an dem es verankert war, nicht
fest genug gewesen sei. Ist diese Mitteilung
über die Ursache des Unfalles richtig, so würde den Unter-
nehmer des Baues ein schwerer Vorwurf treffen. Der Bau,
der noch im Grunde ist, wird von der Firma Kränzel auf-
geführt, die sich Affordmayer heißt hat. Damit
hätte denn die mörderische Affordmayer wiederum ein
schweres Unglück mehr auf ihrem Schuldkonto.“

Bielefeld. Am 21. Juni, Nachmittags 3½ Uhr,
stürzte das Dachgebäude auf dem Neubau des Internen-
meß-Gebäudes an der Geopferstraße, beim Ostbahnhof, zu-
sammen. Ob der Wind die allein gemacht hat, oder ob
Streben fortgenommen waren, konnten wir nicht in Er-
forschung bringen. Drei Maurer und der Polier erlitten
teils schwere Verletzungen. Der Kollege Kiemer (ein
Streikführer aus Münde), wurde von der zweiten Etage
heruntergeschleudert und fiel auf einen Steinhaufen; er
erlitt hierbei einen 3 cm tiefen Riß an der Hand und eine
Verletzung am Fuß, es sollen die Sehnen gerissen sein.
Der Polier erlitt eine Magenquetschung; der Kollege Kreis-
mer Verletzungen am Rücken, auch bekam er einen Hais-
nagel ins Bein. Ein anderer Kollege erlitt Verletzung-
leichter Art. Der Unternehmer ist derseits Kohnig, von
der Stierkerchischen Kirche der Vogen einführte, wobei
ebenfalls drei Kollegen unter den Trümmern begraben
wurden, wovon einer den Verletzungen erlag, während die
beiden anderen fröhlich geworden sind. Es war dort kein
Schutzgerüst vorhanden; wäre ein solches vorhanden ge-
wesen, so wäre Kiemer nicht in die Tiefe gefallen. Die

fer Bau liegt aber im Geesper Bezirk, wo die Baupolizei
nichts zu sagen hat, da machen die Unternehmer, was sie
wollen, weil dort keine Baupolizei ist. Dieses ist eine
Mahnung für die Kollegen, etwaige Mängel unbedingt
sich dem Vorstand zu melden, dann wird für Abhilfe ge-
sorgt werden.

Bilow. i. P. am. Dienstag, den 11. Juni, stürzte
der Bauarbeiter Bezalla auf dem Reinfassigen Neubau
in der Blumenstraße von einer Leiter und trug Brust-
quetschungen und einen Rippenbruch davon. Am
Freitag, den 14. Juni, fiel der Maurerlehrling
Danachste im nahen Bernsdorf ungefähr 8 m von dem
Neubau eines Wohnbauteilwohnhauses herab und blieb
betäubungslos liegen, so daß er mittels Krankenforders in
das hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte; an
seinem Aufkommen wird gezweifelt, da er sich schwere
innere und äußere Verletzungen zugezogen hat. An diesem
schweren Unglücksfall sind wieder die mangelhaften Ab-
deckungen schuld. Danachste war mit dem Ansmauern
der Wästen im Treppenhause beschäftigt; natürlich war das
Treppenhause nicht abgedeckt, sonst hätte der Unglücksfall
nicht vom Boden bis in den Keller hätten können. Schut-
z- und Fangerüste kennt man hier nicht; es wäre an der
Zeit, daß die Verbände auch hier ihr Augenmerk etwas auf
die Mängelrichte.

Gesellschaft. Am 12. Juni ereignete sich auf
der Fabrik von Manscheid ein schwerer Unfall; der den
Tod des Maurers Franz Kasper am Donnerstag zur Folge
hatte. Wie man hört, hat sich die Sache folgendermaßen
zugezogen: Am genannten Bau ist man mit Montage-
arbeiten (Aufbringen des Eisenzugs) beschäftigt gewe-
sen, ein Metzger, der wohl zum Gerüst des Gebäudes gehört
hatte und im Wege lag, soll, da das Mischloch im Giebel groß
genug war, durchgefallen worden sein; und dieser ist dem St.
der sich in diesem Moment gerade darunter befand, auf den
Stoß gefallen. Er war bestrickt. In dem Augenblicke
sich am 13. Juni ein schwerer Baunfall; bei dem Unter-
nehmer Emil Scherbaum. Als der Polier Krieger, bei dem Unter-
nehmer der erst 1½ Stunden gearbeitet hatte, bereits
eine Leiter von der zweiten zur ersten Etage herunter-
gelangen war, kam gerade ein Steinträger mit Kopf heraus.
Diesen mußte der Junge ausweichen, und so sprang er auf
die Balkenlage herunter. Hierbei verletzte er die Wästen
und sprang auf die Staudecke. Diese brach durch und der
Lehrling stürzte bis in den Keller hinab. An dieser schon
geplatzter war und noch viele Steine darin unterliegen, so
zog sich der Lebling so schwere innere und äußerliche
Verletzungen zu, daß er mittels Wagens ins Krankenhaus
gebracht werden mußte. Wäre die Balkenlage dort, wo sich
der Lebling befand, mit Gitterstreifen abgedeckt gewesen,
so wäre dieser Unfall „vermieden“. Und wäre das Keller-
geschloß abgedeckt gewesen, so wäre der Unfall nicht so folgen-
schwer geworden. Wer die Schuld trifft, soll durch die Unter-
suchung ermittelt werden; jedoch bis zum Montag hatte sich
die Baupolizei nicht sehen lassen.

Glöggau. Dienstag, den 18. Juni, verunglückte
unser Kollege Hermann Haberich, aus Klein-Gröbisch am
Neubau der Loge. Er fiel von der zweiten Etage 5 m
hoch auf eine Betondecke herab und zog sich so schwere
Verletzungen am Kopf zu, daß er sofort verstarb.

Hannover. Ein Nachmittags 5 Uhr, auf dem Neu-
bau des Maurermeisters P. Dietz in Linde. Der Maurer
Jens Peterjan war in der ersten Etage des Treppenhauses,
damit beschäftigt, die im Treppenhause liegende Abdeckung
herauszunehmen, als Tags darauf die eisernen Treppen auf-
gestellt werden sollten. Als Peterjan das Gerüst befestigte,
fiel aus dem Dachgeschloß ein Mauerstein drei Etagen hoch
herunter. Peterjan brach auf dem Kopf. Peterjan erhielt
eine 15 cm quer über den Kopf gehende Wunde, so daß ein
Teil der Schädeldecke eingedrückt war. Er wurde betäubungs-
los ins Krankenhaus gebracht. Die Verletzung ist gefährlich,
das Gerüst ist aber die Meinung des Fellens in der Dach-
geschloß beschäftigt war, ist die Möglichkeit vorhanden, daß
hierbei der Stein heruntergefallen worden ist.

Bielefeld. Am 15. Juni, Nachmittags 10 Uhr, erlitt
der Kollege Volger auf dem Reinfassigen Neubau in der
Bergstraße einen schweren Unfall. Volger sollte Balken-
träger einhängen und das hierzu nötige, noch nicht ganz
fertige Gerüst in Ordnung bringen. Während mit seinem
Geschirr betrat er jenes Gerüst, trat zurück und stürzte
aus der dritten Etage in die Tiefe. Bei dem Sturz durch-
drang er drei Schwerkatten. Der herbeigekommene Arzt Dr.
Gräbner fand keine Knochenbrüche und innere Verletzungen.
Volger wurde hierauf mittels Krankenforders nach
Harburg transportiert. Hier stellten die Ärzte Stich-
feld und Corduar mehrere Rippenbrüche, Nierenquetschung
und Hüftgelenkverletzung fest. Der Verletzte wurde hier-
auf in die Privatambulanz des Dr. Corduar gebracht; er be-
findet sich jetzt bereits besser.

Aus anderen Berufen.

Vorwärts! Die Entwidung der deutschen Gewerkschaften
im Jahre 1906 wird durch einige Zahlen festgestellt,
die die Generalkommission im „Korrespondenzblatt“ bekannt
gibt. Es handelt sich freilich nur um die tatsächliche Zahlen,
die sich noch etwas, aber auch nur etwas, verändern
werden. Danach betrug die Mitgliederzahl der freien Ge-
werkschaften am 31. Dezember 1906 1 797 285, das ergibt
eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1905 von rund
368 000. Das ist der größte Zuwachs, der bis jetzt in
einem Jahre erzielt wurde. Die Zahl der der Generalkommission
angeschlossenen Verbände beträgt 62; neu hinzu-
gekommen ist der Verband der Photographengehilfen, aus
der Statistik verschwinden sind die Verbände der Buch-
drucker (Satz- und Bindungs) und der Bergarbeiter. Der erstere
hat sich dem deutschen Bauarbeiterverbande, der letztere dem
Holzarbeiterverbande angeschlossen. Auf die einzelnen In-
dustriegruppen verteilen sich die Mitgliederzahlen folgender-
maßen: Baugewerbe 382 567 (+ gegen 1905 74 689), Metall-

industrie 378 555 (+ 80 579); Handel und Transport 122 511 (+ 44 318); Textilindustrie 111 532 (+ 33 721); Bergbau 110 247 (+ 5187); Metallindustrie 91 273 (+ 12 778); Holzindustrie 170 232 (+ 20 992); Nahrungs- mittelindustrie 88 055 (+ 15 830); Gastwirtschaftsgewerbe 13 000 (+ 2 401); Wärferei 1530 (+ 513); Steine und Erden 57 810 (+ 9510); Papier und Leder 47 125 (+ 6118); Graphische Gewerbe 77 580 (+ 10 810); Sonstige Berufe 148 620 (+ 50 473). Es ist kein Zufall, daß gerade die Metallindustrie und das Baugewerbe die höchsten Zunahmefaktoren aufweisen, das liegt nicht nur an der großen Zahl der Berufstätigen, sondern auch an den besonders lebhaften Kämpfen, die die Arbeiter dieser Berufsgruppen führen müssen. Aber auch in den anderen Gewerben hat der gewerkschaftliche Gedanke kräftig geworben, so besonders bei den Holzarbeitern und in der so lange rückschreitenden Nahrungsmittelindustrie, die freilich auch jetzt noch lange nicht befriedigt, und damit in dem so überaus wichtigen Transportgewerbe, wohin man blickt, überall will man wachsen, welches Emporstreben! Und diese Bewegung will man niederreißen!

Die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen haben von diesem Aufstiege auch etwas profitiert. So ist die Mitgliedszahl der christlichen Gewerkschaften von 188,106 auf 260 040 gestiegen. Hier liegen genauere Zahlen noch nicht vor. Das würde eine Zunahme von rund 72 000 bedingen. Immerhin auch ein ganz anerkannter Erfolg, aber er ändert doch nichts daran, daß diese Sondergruppe stets nur eine ziemlich geringe Minderheit in der deutschen Arbeiterbewegung repräsentieren wird. Die härteste christliche Organisation ist der Gewerksverein der Bergleute mit 75 133 Mitgliedern, ihm folgt der Verband der Bauhandwerker mit 38 076, der Textilarbeiterverband mit 36 081 und der Metallarbeiterverband mit 26 272.

Die drei großen christlichen Gewerksvereine berichten auf ihrem Verbandstage, der im Mai dieses Jahres stattfand, von 118 508 Mitgliedern; das wäre eine Zunahme von 1411 in einem Jahre. Diese Gewerkschaftsgruppe hat also so gut wie gar keinen Fortschritt gemacht. Starr und unbeweglich steht sie in der Arbeiterbewegung, ohne Geist, ohne Bewegung, ohne Leben und kann weder rückwärts noch vorwärts.

Von den sozialistischen Gruppen sind noch keine Zahlen bekannt geworden. Bei ihnen wird man eine kleine Zunahme erwarten können.

Die drei ersten genannten Gruppen haben zusammen 2 175 833 Mitglieder. Mit dieser Zahl ist Deutschland an die Spitze aller Länder getreten. Amerika sowohl wie England, die sonst nur in Frage kommen könnten, werden mit ihren Mitgliedszahlen um einige Hunderttausend dahinter zurückbleiben. Wir wollen wünschen, daß diese Entwicklung so sich ereignen möge.

Bergarbeiterbewegung. Die Bergarbeiter im 3 wickauer Revier sind in eine Bewegung eingetreten; ihre Forderungen sind mehr als beachtet. Sie verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit, nämlich gilt die für die Arbeit unter Tage vier zu lange schwindende Schicht, die aber in der Regel um eine bis zwei Stunden überschritten wird. Arbeiter, die sich etwa weigern, Überstunden zu machen, werden nach allen Regeln der Kunst drangsaliert, daher die Forderung auf generelle Verkürzung dieser übermenschlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Aufhebung der handlungs niedrigen Löhne. Bereits 1900 verurteilten die schäffischen Bergleute, diesen Zuständen ein Ende zu machen, der ausgetragene Streik wurde aber mit Hilfe der schäffischen Behörden, die den kleinen Bergbauernzustand über das Streikrevier herabzogen, niederschlagen. Das schäffische Bergrevier ist überdies fast ausschließlich ein Schmelzbergbau, der Bergbauunternehmer, denen es die Handhabe bietet, abkehrenden Bergleuten die durch Beitragszahlung erworbenen knappschaftlichen Pensionsansprüche zu entziehen.

Gegen diese Mißstände machen die Zwickauer Bergleute nunmehr Front. Nachdem die Arbeiter und deren Frauen von einem Direktor in unfähigster Weise beschimpft und die Lohnkommission von einem anderen Direktor gemißbraucht wurde, hat sich der Arbeiter eine große Erregung bemächtigt. Auf Kuraten der Organisationsleiter hat man indes von einem Streik vorläufig abgesehen. In dessen Stelle findet eine planmäßige Abwanderung der Arbeiter statt. Das Zwickauer Kohlenrevier ist von der Arbeiterorganisation gesperrt worden. Die Grubenbarone, die hier wie sonst überall die beschwerlichsten Forderungen der Arbeiter pragmatig ablehnen, stehen also vor der Tatsache, daß sie ihre alten zuverlässigen Arbeiter verlieren werden, sofern sie nicht ihren bisherigen Standpunkt aufgeben. Bisher sind bereits zickta 2000 Arbeiter abgewandert bzw. haben Vorkehrung für die Abwanderung getroffen, und weitere folgen.

Die streikenden Vorhänger Erzbergleute des folgen-übrigen die gleiche Taktik. In den letzten Wochen sind ganze Eisenbahnzüge mit Vorhänger Bergleuten besetzt gewesen, die nach Frankfurt und Augsburg ziehen, um der heimischen Kunde zu entgehen. Die Grubenbesitzer treiben durch ihre zaristischen Manieren die deutschen Arbeiter aus der Heimat — sie importieren dafür leistungsunfähige und kulturell tiefstehende fremdsprachige Arbeiter, mit denen sie glauben, machen zu können, was ihnen beliebt.

Metallarbeiterwanderung im Maingebiet. Der Streik der Metallarbeiter in Offenbach ist durch Vergleich beendet worden, womit die Aussperrung im Maingebiet ihren Abschluß fand.

Die Berliner Dachdecker haben ihren langen Kampf mit Erfolg beenden können. Ein fünfjähriger Tarif ist abgeschlossen worden, der sofort die achtzehnstündige Arbeitszeit und 80 s Stundenlohn festsetzt. Vom 1. Juli des

kommenden Jahres an wird der Stundenlohn um 2 1/2 s erhöht und von 1910 an steigt er auf 85 s. An Sonnabenden steht der Tarifvertrag 1/2 Stunde und an den Tagen vor den hohen Festen 1 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung vor. Der Lohn für die Hilfsarbeiter wurde auf 55 s festgesetzt, er steigt innerhalb der Tarifdauer auf 60 s. Also wieder ein Baudeckel in Berlin, der die achtzehnstündige Arbeitszeit hat.

Ende des Berliner Bäckerstreiks. Der Bäckerstreik in Berlin ist aufgehoben worden, nachdem 861 Geschäfte bewilligt hatten, in denen 2118 Gesellen zu den neuen Bedingungen in Arbeit traten. Es waren noch 510 Streikende vorhanden. Der Kampf gegen die Meister, die noch nicht bewilligt haben, wird natürlich weiter geführt, und zwar durch den Boykott, der sich diesmal als eine scharfe Waffe erwiesen hat. Ist auch die Protagist der Zunungen noch nicht gebrochen, so sind sie doch aber arg dezimiert worden. Die von den Zunungen angewandte Hesseperre über die geregelten Bäckereien ist von der Streikleitung durch Beschaffung ausländischer Hefe ausgezeichnet abgewehrt worden. Der Kampf hat seine Früchte getragen.

Die Verbände der Bäcker und Konditoren vollziehen am 1. Juli ihre Verschmelzung.

Ein Tarifvertrag von großer Bedeutung ist in den letzten Wochen abgeschlossen worden. Es handelt sich um ein Abkommen zwischen den beteiligten Arbeiterverbänden (Holz- und Metallarbeiter) und dem Verbande deutscher Seeschiffskapitäne. Das Abkommen regelt die Arbeitszeit, Ueberstundenarbeit, die Lohnfrage einschließlich der Abfordröhne und die Anlage von Arbeitergerichtungen. Die Arbeitszeit soll spätestens vom 1. Oktober 1908 auf 57 Stunden verkürzt werden. In Hamburg soll die Arbeitszeit an den Sonnabenden noch um eine weitere Stunde verkürzt werden, während die Veristen in Hildesfeld und Tübingen ihre bisherige Arbeitszeit beibehalten. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bemerkt zu dem Abkommen:

„Da diese Normen allgemeine, für alle Werftbetriebe geltende sein sollten, konnten sie nur gleichsam den Rahmen zu einer Regelung bilden, in dem die speziellen Verhältnisse einer Werft beruhenden Einzelbestimmungen erst eingegriffen werden. Diese Tatsache und die weitere, daß es die ersten Verhandlungen auf so allgemeiner Grundlage waren, ließ von vornherein die Erwartung nicht zu hoch steigen, nichtsdestoweniger dürften doch wohl die meisten Interessenten sich in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung mehr versprochen haben.“

Wir halten das Tarifabkommen darum von großer Bedeutung, weil es das erste in der so großen Industrie ist, deren führende Kreise bisher das Verhandeln mit den Gewerkschaften stritte ablehnten. Es ist ein freilich noch bescheidenster erster Einbruch des Tarifwesens in ein Produktionsgebiet, das bisher fast taciturne war. Nun ist dieser Vau gebrochen und die Tätigkeit der Gewerkschaften kann sich frei entfalten. Das ist das, was dies sonst recht dürftige Abkommen so wichtig macht.

Polizei und Gerichte.

Für den Bauarbeiterstreik hand der „Grundstein“ am 15. Juni wieder einmal vor Gericht. Der Herr Amtmann von Quer i. B. de la Cebalera, hatte es uns höchst unangenehm vermerkt, daß wir es in Nr. 4 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre bei der Wiedergabe einer Unfallsnotiz aus Buer gewagt hatten, igne Tätigkeit als Berweiser der Pauspölizei nicht gerade sehr vorbildlich zu finden. Dabei erinnerten wir, auch an andere „Grundschaffsdienste“, die dieser Herr den Werkschönen Maurern schon früher geleistet hatte, indem er beflissen war, alle geplanten Bauervereinigungen darüber zu verhindern, daß er den Saalwärtin den bescheidenen Vink mit dem Hauptpfad gab oder geben ließ. Es sei gern eingestanden, unsere Kritik an diesen Unachtsamkeitspropheten war kein Zehrfürsagen, das hätte auch seinen Zweck gehabt. Mit echter Mauerdeckerheit hatten wir ihn blatt und scharf unsere Meinung gesagt. Der Herr Amtmann hätte deswegen gegen den Kollegen August Winzig Strafantrag wegen verleumderischer (!) Beleidigung gestellt und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg hatte infolge dessen im „öffentlichen Interesse“ Anklage erhoben. Der Gerichtsbeschluss auf Einleitung des Verfahrens lautete aber doch trotz aller guten Absichten des Herrn Amtmannes auf einfache öffentliche Beleidigung.

Die erste Hauptverhandlung fand bereits im November des vorigen Jahres statt; sie wurde damals ausgesetzt, um es dem Angeklagten zu ermöglichen, mehr Beweismaterial herbeizubringen. Das war dem inzwischen auch reichlich geschehen. Die Ergebnisse mehrerer Vorkontrollen aus früherer und neuerer Zeit zeigten selbst dem Laien, daß eine recht gefasene Kritik nicht nur angebracht, sondern geradezu dringend nötig war. Von einer ganzen Anzahl Vaulen wurde festgestellt, daß die einfachsten Vorschriften der Verordnung des Regierungspräsidenten unbesorgt gelassen waren. Die vorgeschriebenen Wautwehren an den Gerichten schienen sehr häufig; die Wallenlagen waren sehr oft nicht abgedeckt; Neubauten, die noch nicht bezogen waren, wiesen schon wieder alarmierende Misse auf usw. usw. Die als Zeugen benannten Mauerer und Bauarbeiter, die teilweise schon viele Jahre lang in Buer gearbeitet haben, behaupteten eidlch, daß sie noch niemals etwas von einer polizeilichen Wautbenutzungsgewertung gemerkt hatten: Schließlich war eine Photographie von einem alten Kasten aufgenommen worden, der im Februar 1906 abgebaut war, in dessen Wautdrüben aber noch im November 1906 eine offene Sehanwirtschaft betrieben wurde, vielleicht heute noch betrieben wird. Durch andere Zeugen wurde festgestellt, daß die in dem infirmierten Artikel gerügten Beeinflussungen der Wirtze ganz und gäbe bei dem Herrn Amtmann seien. Er selbst gab es schließlich auch zu und schien das ganz in der Ordnung zu finden! Der Wucht dieser Beweise konnte sich jedoch der Staatsanwalt nicht entziehen, er erkannte an, daß „dort nicht alles in Ordnung gewesen sei“ und daß der Angeklagte auch sehr wohl zur Kritik berechtigt war. Aber die Form! Die hatte es dem Staatsanwalt angetan. Geläch ist es dem Angeklagten ersichtlich um die Wahrung der Arbeiterinteressen ja tun gewesen, aber der „höhnische“ und „ironisierende“ Ton mit seiner

offenen Verschuldigung am Schluß beweiße auch die „bekehrliche Nebenabsicht“. Diese Nebenabsicht“ tarierte der Staatsanwalt auf A 300 und Zurechtweisung der Publikationsbeschlagnahme an den angeblich beleidigten Amtmann. Der Verteidiger Dr. Zule dachte natürlich ganz anders über die Sache. War die Behörde in dem nicht gerade zu Unrecht „Kunsterland“ genannten Wauterlande zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten aufgestellt worden, der diese nicht allzu ämperlich sein. Wäre habe ganz richtig geschrieben, daß man ein Kradoff nicht mit kleinen Steinchen aus seinem Schlaf im Kintentugeln auf den Kopf man müsse ihm schon ein paar Schläge auf den Kopf setzen lassen. Er beantragte Freisprechung aber, wenn doch Bestrafung eintreten solle, eine ganz geringe Geldstrafe. Das Urteil lautete auf A 100 Geldstrafe demtall 20 Tage Gefängnis und Publikationsbeschlagnahme im „Grundstein“ und im Werkschönen Amtsblatt. Auch im Erkenntnis des Gerichts wurde angegeben, daß die vom Angeklagten gerügten Mißstände vorzulegen hätten; der Angeklagte sei berechtigt gewesen, das zu kritisieren, aber er sei in der Form zu weit gegangen. Wir sind der Meinung, daß wir diese Beurteilung nicht verdient haben. Insbesondere, auch eine Revision würde nichts anderes herauskommen und wir wollen uns darum damit zufriedengeben. Wenn wir in einer der nächsten Nummern das Urteil veröffentlichten müssen, so wissen unsere Leser, wie es kam. Wir fühlen uns nicht im geringsten moralisch beschwert und werden uns — unmüdig, es zu sagen — von der öffentlichen Brandmarke der Mißstände auf den Vaulen auch hiernach nicht abhalten lassen.

„Geistiges Eigentum“ an Vorträgen. Im Herbst vorigen Jahres wurde der Redakteur des „Allgemeinen Volksblattes“, Genosse Wollenbaur, vom dortigen Landgericht zu einer Geldstrafe von A 600 (der Staatsanwalt hatte „nur“ A 1000 beantragt) verurteilt, weil er ein Referat über einen Vortrag unseres „Freundes“ L u m m e r t veröffentlicht hatte. L u m m e r t, Obermeister der Hamburger Bauergewerkschaft und Zuhörer sonstiger Oberbauratmachervorträge, gab am 19. Mai 1906 in Halle a. d. S. eine Galloberstellung als starker Mann, um seinen dortigen Kollegen die Technik der Aussperrungen vorzuführen. Redegedungen mußte L u m m e r t aber sagen, daß Aussperrungen sehr häufig nicht zum Ziele führen und daß infolge der guten Organisation der Verbandwerke gute Arbeiter bei Streiks nicht zu bekommen wären. Da die Herren „Arbeitsgeber“ ganz unter sich waren, war L u m m e r t so offenerzig, zu erklären: „Ausländer seien die schlechtesten Arbeiter, die viel verderben und wenig leisten, besonders italienische Arbeiter.“

Dies und einige Redemotanden L u m m e r t s hatte der verurteilte Redakteur unter der Signatur „Aus dem Herzentelle des Unternehmerverbandes“ nach dem von L. oder einem anderen verlorenen Vortragsmanuskript veröffentlicht. Das war unseren Herren „Arbeitsgeber“ gar nicht recht, und sie kamen darüber nach, dem Redakteur an den Stragen zu gehen. Und siehe da, nach angestrengtem Grubeln verfiel man auf die sublimen Idee, auf Grund des Urheberrechtes Klage zu erheben. Nichts leichter als das! Der Vortrag ist L u m m e r t s „geistiges Eigentum“, und da der Redakteur natürlich ohne L u m m e r t s Erlaubnis mit dessen „geistigen Eigentum“ gewissermaßen Handel getrieben hat, nach Welchem damit umgeprengt ist, mußte der Staatsanwalt Anklage erheben. In der Gerichtsverhandlung stellte sich aber heraus, daß — der von L u m m e r t gehaltenen Vortrag gar nicht sein „geistiges Eigentum“ ist, sondern daß ihm das Vortragsmanuskript von einem Sekretär der Hamburger Bauergewerkschaft oder des Hamburger Arbeitsgeberverbandes geliefert worden war. Trotzdem erkannte das Gericht auf Verurteilung und auf die ganz außergerichtliche hohe Strafe.

Damit hat sich der Verurteilte aber nicht zufrieden gegeben, sondern die Einleitung des Revisionsgerichts angetrieben. Dies oberste Gericht hat nun Herrn L u m m e r t, das geistige Eigentumsrecht, an seiner Galtischen Rede einfach abgeprochen, das Urteil als nicht zu Recht bestehend aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Prüfung an das Landgericht Halle zurückverwiesen. In den Urteilsgründen des Revisionsgerichts heißt es u. a. wörtlich:

„Eine Verletzung des Urheberrechtes konnte nur dann eintreten, wenn ein von dem Angeklagten gestellter Strafantrag vorlag. Berechtigter zum Strafantrag ist der Verletzte, das heißt derjenige, der sich nach der rechtlichen Natur des Deliktes als Träger des durch dasselbe verletzten Rechtes darstellt. Ueber des zu schützenden Wertes ist derjenige, dessen Denken das Werk empfangen ist, also nicht derjenige, der nach Diktat eines anderen oder nach dessen genauen Angaben schreibt oder spricht oder eine Rede mittels Stenogramms festhält oder eine gebrüete Melodie in Noten festhält. (Revisionsgerichtsentscheidungen in Strafsachen, Bd. 17, S. 84, Rechtsprechung Bd. 3, S. 61.) Ebensovienig aber kann als Urheber eines Vortrages derjenige angesehen werden, der lediglich das, was dem Denken eines anderen entspringen ist und von diesem zu Papier gebracht worden ist, als wendigt lernt und vorträgt. Die Feststellungen des Urteils lassen nicht mit Sicherheit erkennen, daß L u m m e r t Urheber des vom Angeklagten veröffentlichten Vortrages im erwähnten Sinne war. Das Manuskript hätte nicht er, sondern der Sekretär des Hamburger Arbeiterverbandes für das Baugewerbe gefertigt, allerdings nach Rücksprache mit L u m m e r t und nach seinem Ansehen. L u m m e r t hat sich den Inhalt des Manuskripts kurze Zeit vor der Verlesung auf der Eisenbahnschiff eingeträgt. (!) Hiernach erscheint es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß das Manuskript und der auf Grund des Manuskripts gehaltenen Vortrag nicht geistiges Erzeugnis des L u m m e r t, nicht seinem Denken entspringen war, vielmehr sich als geistiges Erzeugnis des Hamburger Verbandssekretärs darstellte.“

In der neuen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Halle, am 1. Juni, ist nun das Verfahren gegen den Redakteur Wollenbaur eingestellt worden. Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen. Das Manuskript war nicht für L u m m e r t persönlich, sondern für den Unternehmerverband (Zunung) gemacht. L u m m e r t allein war garnicht zur Stellung des Strafantrages befugt, er bedurfte dazu der Genehmigung des Vorstandes, und der Antrag hätte von dem

zweiten Vorsitzenden des Verbandes mitunterzeichnet sein müssen. Diese Vorbedingungen für die Ehrbarkeit und Gültigkeit des Strafmandates fehlen. — Der Linnwert hat also sein „geiliges Eigentum“ zweimal verloren. Einmal fand es ein Freund der sozialdemokratischen Presse, und zum andern, als es schon mit M. 600 preisgeboten war, wurde ihm vom Gericht das Verfügungsrecht entzogen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 38 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Duma und die Revolution. Von Trotski. — Klassenbildung. Von G. Korn. — Statistische Nachrichten zu den Reichstagswahlen. Von Akademikus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs, zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Redakteur: Dr. Albert Siefert. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Zur Frage der Vermögenssteuer bringt die jetzt ausgegebene Nummer 25 der „Kommunale Praxis“ wertvolles Material. Der Herr Herr v. Hermann, ein richtiger Eigentumsfanatiker und schärfster Scherzmacher, bezeichnet selbst in einem Aufsatzbericht der ersten Heftigen Nummer die Steuer vom Vermögenswert als „eine verfassungswidrige Konfiskation von legitim erworbenem Eigentum“; obwohl viele Befürworter auf demselben Standpunkt stehen, legt sich doch der Gedanke, den unbedachten Vermögenswert zu Gunsten der Allgemeinheit zu besteuern, immer mehr durch. An der Hand der „Kommunale Praxis“ kann man die Entwicklung in ihren Einzelheiten genau verfolgen. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich M. 2,50. Probenummern sind jederzeit kostenlos durch den Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, von G. Bernheim, Verlag des „Vorwärts“, Berlin. Das Werk erscheint in drei Teilen. Der erste Teil: „Von Jahre 1848 bis zum Sozialistengesetz“ liegt komplett vor und kostet broschiert M. 5, in Leinenband M. 6,50, in Halbfranzband M. 7,50. Auch kann derselbe in 17 Lieferungen à 30 ¢ bezogen werden. Bestellungen nehmen entgegen alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Die Weltgeschichte in neunmonatlichen Heften (Gebändersystem) von Freiherr Freig v. Solchhausen. Preis 50 ¢. Verlag: L. Schwarz & Co., Berlin S. 14, Dresdenstr. 80.

„Fachblatt für Holzarbeiter“, Heft 6 des zweiten Jahrganges. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Stuttgart.

Das Wasserleitverfahren, von Dr. S. Müller, Heft 18 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“. Der Preis des Heftes beträgt 20 ¢, es kann vom allen Parteibuchhandlungen und Kolporteurs bezogen werden.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 13 des 17. Jahrganges. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 ¢; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 ¢, unter Kreuzband 85 ¢. Jahresabonnement M. 2,60.

„In freien Stunden“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Heft 24, 25 und 26.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 13 des 24. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Unseren überreichlichen Genossen“ und „Der Friedensengel des Imperialismus“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 ¢.

Briefkasten.

Sagen und Sildesheim. Die Berichte müssen Nummernmangel wegen zurückbleiben.

Byrin, J. M. Sie können das Kind ehelich erklären lassen. Der Großvater und zugleich auch Vormund des Kindes muß hierzu seine Genehmigung erteilen. Es ist dies der einzige Weg, um über das Kind Verfügungsgewalt zu bekommen, da sonst der Vater eines unehelichen Kindes hiervon ausgeschlossen ist. Um das Verfahren zur Ehelichkeitserklärung einzuleiten, empfiehlt es sich, einen Rechtsanwalt zu Rate zu ziehen.

Groß-Wanditz, A. W. Wir können Auskunft über die völlig unklar gehaltenen Anträge nicht geben. Wenn ein Rechtsanwalt gemeint sein sollte, so wird wohl in Mathesow ein solcher zu haben sein, in Berlin aber ganz sicher. Die Partei hat keine angefertigten Rechtsanträge, die sie den wegen irgend eines Bergeschicks oder wegen einer Ueberredung angeklagten Parteigenossen als Verteidiger zur Verfügung stellt.

Schmölln. Das ist tatsächlich ein Druckfehler, die Anzeige kostet M. 3.

Berlin, A. M. Das Gedicht ist ganz gut gemeint, aber abdrucken können wir es doch wohl nicht; denn einmal sind die Reime und der Rhythmus durchaus nicht rein und zweitens ist die ganze Form schon rechtlich 20 Jahre alt. „Sill rühmt der War“ usw. hat man schon in den achtziger Jahren gemeint und gelungen.

Marxapiesche, Krankenkasse. Der sogenannte Unfallschuß muß unter allen Umständen vom 29. Tage, nach dem der Unfall eingetreten ist, bezahlt werden, selbst dann, wenn die Kasse voranschüsslich das Geld von dem in Frage kommenden Internehmer nicht wiedererhalten wird.

Einshorn, K. Ihren Bericht haben wir zur Verfügung nach Bergen geschickt. Die Unterschrift eines einzelnen, uns unbekannter Kollege genügt uns für die Veröffentlichung solcher Anschuldigungen nicht. Damit soll unersetzlich Deine Glaubwürdigkeit nicht bezweifelt werden; aber sicher ist sicher.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns irgendwo einer Bescheid nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wurde. Die Seite kostet 15 ¢.)

Berlin. Steglitz. Am 21. Juni starb unser Kollege Heinrich Eisenberg im Alter von 33 Jahren infolge einer Zahngeschwulstoperation und hinzugetretenen Herzschlages.

Breslau. Am 16. Juni starb unser Verbandskollege Paul Bleisch im Alter von 40 Jahren an Lungenleiden.

Briefen. Am 23. Juni starb unser treuer Kollege Ferdinand Drewitz im Alter von 38 Jahren an Schlaganfall.

Dresden. Am 7. Juni starb unser Mitglied Ernst Grütznier aus Bg a. Ch. im Alter von 46 Jahren an Gehirnschlag. Am 9. Juni starb nach langem Leiden unser Verbandskollege Robert Müller im Alter von 42 Jahren an Magenleiden. Am 12. Juni starb der Kollege August Wustmann aus A. L. b. b. Schandau im Alter von 44 Jahren an Lungenkatarrh und Herzleiden.

Glogau. Am 18. Juni starb unser treuer Verbandskollege Hermann Habrich im Alter von 45 Jahren infolge eines Sturzes vom Gerüst.

Seringen. Am 21. Juni starb unser treuer Verbandskollege und Mitbegleiter unseres Zweigvereins Emil Kaiser im Alter von 21 Jahren an Nierenentzündung.

Kiel. Am 21. Juni starb nach langer Krankheit unser Kollege Chr. Schreine im Alter von 64 Jahren.

Königsbrunn i. Oberh. Am 18. Juni starb nach langer Krankheit unser Mitglied Joseph Kuschnir im Alter von 32 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Leisnig. Am 19. Juni starb unser treuer Verbandskollege Bruno Rüdiger im Alter von 31 Jahren an Influenza und Lungenentzündung.

Münche. B. L. f. a. s. h. Am 18. Juni starb nach längerer Krankheit unser Kollege Johann Ziegler im Alter von 53 Jahren an Magenleiden.

Nürnberg-Gürth. Am 20. Juni starb unser Kollege Christof Schiller im Alter von 36 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Schmölln. Am 9. Juni starb unser Kollege Louis Hillig im Alter von 53 Jahren an Speiseröhrenkrebs.

Sülze i. M. Am 22. Juni starb unser treuer Verbandskollege Fritz Eickert im Alter von 44 Jahren an Schlaganfall.

Weimar. Am 18. Juni starb unser Kollege Gustav Köditz aus Niedergrunstedt im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Cassel.

Unser Gau- und Zweigvereinsbureau befindet sich vom 1. Juli an Wolfhaferstr. 7. [M. 1,20]

Kiel.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. Et. [M. 1,50] Der Vorstand.

Liegnitz.

Die Wohnung des Vorsitzenden Rudolf Pohner befindet sich vom 1. Juli an Witbelnstr. 27, 4 Treppen. [M. 1,50] Der Vorstand.

Mannheim - Ludwigshafen.

Unser Verbandsbureau befindet sich von heute ab im Gewerkschaftshaus, F 4, 8/9, 2. Et. Alle Sendungen sind dorthin zu richten. [M. 1,50]

Velten.

Die Wohnung des Kassierers befindet sich vom 1. Juli an Karstr. 24. — Sonntag-Vormittag nach dem 1. eines jeden Monats Vertragszahlung bei Parties. [M. 1,50]

Der Maurer Ernst Klintzing aus Forst b. Eiseck wird um Angabe seiner Adresse erbetet. [90 ¢] Albert Klintzing, Dinslaken i. M., Heustr. 8.

Der Kollege Friedrich Zahnleiter, Verbandsnummer 303 745, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Mitteilungen über seinen Aufenthalt nimmt der Zweigvereinsvorstand in Wittwida entgegen. [M. 1,20]

Kiedrich.

Am 5., 6. und 7. Juli 1907.

Fünftes Stiftungsfest

verhanden mit Fahrenweisse. Eintritt zum Festtag 25 ¢. — Für einen guten Wein ist gesorgt. Alle Kollegen aus dem Meingau werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 3] Der Festausichn.

Neu-Ruppin.

Zonabend, den 6. Juli, Nachm. 2 Uhr:

Zehntes Stiftungsfest

in Diomars Lokal. — Zahlreiche Kollegen mit ihren Familienangehörigen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Emden.

Sonntag, den 30. Juni, Abends 7 1/2 Uhr:

Elftes Stiftungsfest

im großen Tivolisaale, bestehend in Festspre, Aufführungen, Theater und Festball. Die Festspre hält unser Verbandsvorsitzender Th. Bömelburg. Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet freundlichst ein. [M. 3,60] Das Festkomitee.

Göttingen.

Sonntag, den 30. Juni 1907:

Elftes Stiftungsfest

im Lokale der Witwe Achilles, Neustadt, bestehend in Konzert und Ball. Die Kollegen von Göttingen und Umgegend werden um zahlreiche Beteiligung freundlichst gebeten. Der Vorstand.

Mülheim a. Rhein.

Sonntag, den 30. Juni:

Elftes Stiftungsfest

bestehend in einem Ausflug nach Schloss Neuenberg bei Küpperfen, Reichshagen und anderen beliebigen Veranstaltungen. Alle Kollegen sowie die umliegenden Gaststätten sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,60] Das Festkomitee.

Burg b. Magdeb.

Sonabend, den 6. Juli, Abends 8 Uhr:

Zwölftes Stiftungsfest

im Hohenzollernpark, bestehend in Konzert, Theater, Kinder- und Befestigungen und Ball. Kaffeestimmung 7 Uhr. Programm 9 1/2. Die Kollegen des Zweigvereins sowie der Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,90] Das Komitee.

M.-Gladbach.

Sonntag, den 7. Juli, Nachm. 3 Uhr:

Sommerfest

im „Reichsadler“, bestehend in Konzert, Kinderbefestigungen und Ball. Hierzu sind alle Kollegen von M.-Gladbach, Abend und Umgegend nebst Familienangehörigen freundlich eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Mantel.

Sonntag, den 30. Juni.

Pasewalk. Nachm. 4 Uhr bei Wolf. Am Markt 18. Die Mitgliedsbücher mitbringen!

Schkeuditz. Nachm. 7 1/2 Uhr in Eismüllers Lokal.

Templin. Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Jeremias.

Dienstag, den 2. Juli.

Bitterfeld. Abends 7 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“.

Eisleben. Abends 8 Uhr. Wäher mitbringen!

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr.

Wittwoch, den 3. Juli.

Guben. Abends 7 Uhr bei Stein. Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Wittenberg. Abends 6 1/2 Uhr bei Lind.

Donnerstag, den 4. Juli.

Danzig. Abends 7 Uhr bei Ströhm in Schmidt. 2. C.: 1. Partei und Gewerkschaft. Referent: Genosse Peter Grieben. 2. Bericht des Königshüllers. Mitgliedsbuchlein mitbringen.

Königshüll. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Mühlstr. 3. Ein Spandau. Abends 8 1/2 Uhr bei Kuntze. Schwanenbuche. 80. Mitgliedsbuch legitimieren.

Sonntag, den 7. Juli.

Bergen a. R. Referendarische Generalversammlung. 2. C.: Sitzung des Referendarats. Kollege Schauer ist anwesend.

Greene. Nachm. 2 Uhr beim Majorat Wilhelm in Epertheim. Wichtig! Tagesordnung.

Hohensalza. Nachm. 2 Uhr bei der Witwe Günther. Restaurant zur „Gross-Besten“.

Hohensalza. Nachm. 2 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann. Referent aus Berlin anwesend.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung wichtig.

Schmölln. Dienstag, den 9. Juli. Abends 6 Uhr im „Lindenthal“.

Sonntag, den 14. Juli.

Annaburg. 2. C.: Ergänzungswahlen vom Vorstand. Bericht über die Fortschritt Bewegung. Bericht des Arbeitsberichts- resp. Streikrat und Mitgliederbuch mitzubringen.

Memmelsdorf. Nachm. 10 Uhr in der Weinerei „Drei Kronen“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Print: Hantinger Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Pater & Co. in Hamburg.